

Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“

- Inhaltsverzeichnis -

A.	Einleitung	3
I.	Leitbild „Hamburg: Wachsen mit Weitsicht“	3
II.	Ziele des Leitprojektes „Hamburg: Heimathafen“	3
III.	Akteure im Heimathafen	4
1.	Zivilgesellschaft	5
2.	Non-Profit-Organisationen	6
3.	Wirtschaft	7
4.	Staat	7
B.	Beteiligungsverfahren	9
I.	Verfahren der Telefon- und Online-Umfrage	10
II.	Auswertung der Telefon- und Online-Umfrage	10
III.	Verfahren der Fokusgruppengespräche	18
IV.	Auswertung der Fokusgruppengespräche	19
C.	Handlungsfelder	20
I.	Nachbarschaft	22
II.	Bürgerschaftliches Engagement	23
III.	Bürgerbeteiligung	25
IV.	Sicherheit	26
V.	Vielfalt und Integration	28
VI.	Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	29
VII.	Familienfreundliches Hamburg	30
VIII.	Seniorenfreundliches Hamburg	31
IX.	Gesundheitsförderung	32
D.	Maßnahmen und Leuchtturmprojekte	33
I.	Rahmenmaßnahmen	
a.	Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung	34
b.	Handlungskonzept „Seniorenfreundliches Hamburg“	35
c.	Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern	35
d.	Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen	36
e.	Weiterentwicklung der Jugendfreiwilligendienste	37
f.	Programm „Sozialräumliche Angebots-Entwicklung“ und Stärkung von Familien, Kindern und Jugendlichen	38
g.	„Allianz für Familien“	39

h.	Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ und Kommission des Senats gegen Gewalt in der Öffentlichkeit	40
i.	Landesaktionsplan Opferschutz	41
II.	Leuchtturmprojekte	41
a.	Nachbarschaft verbindet	41
b.	Nachbarschaftskontore	42
c.	Bürger-Profi	43
d.	Pakt für Prävention	44
e.	Einbürgerungskampagne	45
f.	Community Center und Bildungszentren	46
E.	Weiterer Leitprojektprozess und Kommunikation	46

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
 Präsidialabteilung
 Koordination Leitbildangelegenheiten – P 5
 Hamburger Straße 47
 22083 Hamburg

A. Einleitung

I. Leitbild „Hamburg: Wachsen mit Weitsicht“

Der Senat hat sich mit dem Leitbild „Hamburg: Wachsen mit Weitsicht“ (Drucksache 19/5474) eine zukunftsfähige Wachstumsstrategie gegeben, die auf den bewährten Leitlinien der früheren Leitbilder „Lebenswerte Stadt“ und „Wachsende Stadt“ aufsetzt und diese weiterentwickelt. Der Fokus der Wachstumsstrategie liegt auf den Themen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sowie Förderung von Innovationen und Kreativität. Hierzu gehört auch Nachhaltigkeit in ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension hinsichtlich der Verantwortungsbereitschaft und des Miteinanders aller Menschen in der Stadt. Hamburg soll nicht nur aufgrund seiner Dynamik im städtebaulichen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich, sondern auch mit seiner Lebensqualität international Maßstäbe setzen: als eine wachsende Metropole, die heute und in Zukunft Anziehungspunkt und attraktives, lebenswertes Zuhause für Menschen in allen Lebensphasen und -lagen ist.

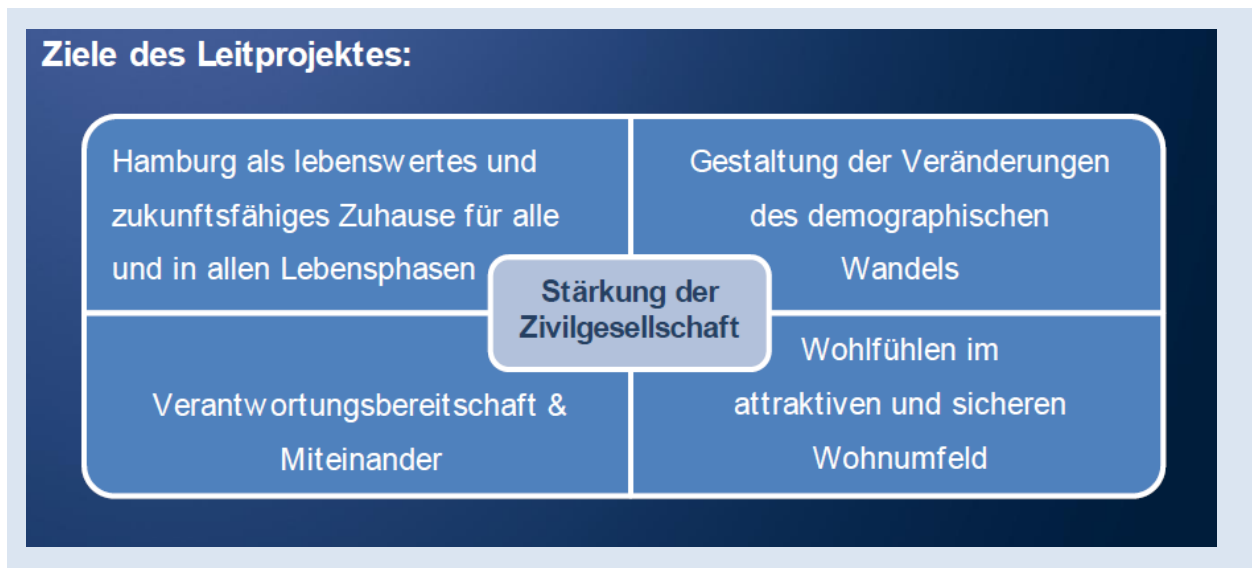
II. Ziele des Leitprojekts „Hamburg: Heimathafen“

Im Rahmen des Leitbildes soll ein Leitprojekt mit dem an Hamburgs Traditionen als Hafenstadt anknüpfenden Titel „Hamburg: Heimathafen“ entwickelt und umgesetzt werden. Durch das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ soll Hamburg als Metropole der Verantwortungsbereitschaft nach innen und außen sichtbar gemacht und unter den Gesichtspunkten des allgemeinen Strukturwandels in Bezug auf Demographie und sozialem Miteinander sollen neue Akzente gesetzt werden.

Zielsetzung des Leitprojektes „Hamburg: Heimathafen“ ist es, die Lebensqualität in der Stadt und im jeweiligen Wohnumfeld für Menschen – gleich welchen Alters, Geschlechts, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft, Glaubens und körperlicher sowie geistiger Befähigungen – in allen Lebenslagen zu erhalten, zu verbessern und nachhaltig zu sichern. Die Stadt soll für Menschen in jeder Lebensphase und -situation nicht nur Wohnort, sondern auch in emotionaler Sicht Heimat und Zuhause sein.

Vor dem Hintergrund anstehender Veränderungsprozesse will sich Hamburg als Modellstadt für Lösungen in schwierigen Lebenslagen profilieren. Im Fokus stehen dabei neue Herausforderungen und Chancen durch demographische und gesellschaftliche Veränderungen sowie durch

neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Grundlage für die Bewältigung dieser Herausforderungen ist eine Kultur der Verantwortungsbereitschaft und des Miteinanders. Darauf aufbauend sollen neue Wege im gesellschaftlichen Miteinander gefunden werden, die alle Menschen einbinden und jedem Einzelnen ein hohes Maß an Lebensqualität ermöglichen. Der Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft kommt daher eine herausragende Bedeutung in der Gestaltung und Umsetzung des Leitprojektes zu. Die Zivilgesellschaft und damit vorrangig die Menschen in der Stadt sind Mittelpunkt und zugleich Motor des „Heimathafens“.



Dieser Referentenentwurf zum Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ gibt zunächst die Erwartungen und Anforderungen der Öffentlichkeit an den „Heimathafen“ Hamburg wieder und leitet daraus wesentliche Handlungsbereiche und Schwerpunktmaßnahmen zur Wahrnehmung des „Heimathafens“ ab. Dies bildet die Grundlage für den weiteren Leitprojektprozess, im Rahmen dessen der Referentenentwurf mit wesentlichen Akteuren der Stadt diskutiert und weiterentwickelt werden soll.

III. Akteure im „Heimathafen“

Der „Heimathafen“ wird durch vier Säulen gestaltet und getragen: In erster Linie durch die Bürgerinnen und Bürger, durch die Non-Profit-Organisationen, die Wirtschaft und den Staat. So, wie diese vier Akteure das Leben in Hamburg prägen, so nehmen sie auch im „Heimathafen“ eine entscheidende Rolle ein und sollen entsprechend am Leitbildprozess beteiligt werden. Nur, wenn ihre Vorstellungen, Wünsche und Anregungen in die Ausgestaltung des Leitprojektes ein-

fließen und die Akteure an der Umsetzung desjenigen mitwirken, kann der „Heimathafen“ Realität werden, seine Wirkung entfalten und für jeden Einzelnen in der Stadt Chancen eröffnen. Im Nachfolgenden werden die vier Akteure des „Heimathafens“ skizziert und ihre Funktion im „Heimathafen“ wird verdeutlicht. Alle vier Akteure werden am Leitbildprozess beteiligt, wobei die Freie und Hansestadt Hamburg in ihrer Funktion als Staat eine aktivierende und moderierende Funktion einnimmt.



1. Zivilgesellschaft

Der „Heimathafen“ will den Bedürfnissen der Menschen in allen Situationen und Altersphasen gerecht werden. Zugleich ist das Engagement und das Miteinander der Menschen Voraussetzung dafür, dass der „Heimathafen“ Wirklichkeit wird. Das Potential der Bevölkerung ist ihre Toleranz, ihr Respekt und ihr Mit- und Füreinander. Dies alles und insbesondere das bürgerschaftliche Engagement im organisierten Rahmen, aber auch niedrigschwellig in der Nachbarschaft, ermöglicht das, was die anderen drei Akteure Wirtschaft, Non-Profit-Organisationen und Staat allein nicht bewirken können: die Integration aller Bevölkerungsgruppen, Teilhabe in der Mitte der Gemeinschaft und ein funktionierendes Zusammenleben.

Viele Bürgerinnen und Bürger besitzen Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Ihnen ist nicht nur die Mitwirkung an vorgegebenen Projekten, sondern auch die Möglichkeit eigener Gestaltung, Planung und Initiative wichtig. Das Engagement der Hamburgerinnen und Hamburger stellt somit einen wesentlichen Eckpfeiler des „Heimathafens“ dar und ist Voraussetzung dafür, dass Hamburg ein „Heimathafen“ wird, ist und bleibt.

2. Non-Profit-Organisationen

Wohlfahrtsverbände, Kirchen und religiöse Gemeinschaften, soziale Initiativen und Zusammenschlüsse, Stiftungen sowie Genossenschaften, aber auch Sport- und Kulturverbände nehmen eine wichtige Position im „Heimathafen“ ein. Diese Akteure werden beim Leitprojekt unter dem Überbegriff Non-Profit Organisationen (NPO) zusammengefasst, um sie gegenüber gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmen und staatlich handelnden Institutionen abzugrenzen. In freigemeinnütziger oder privat-gewerblicher Trägerschaft nehmen die NPOs ergänzend zu Staat und Wirtschaft bestimmte Zwecke der Bedarfsdeckung, Förderung und Interessenvertretung für ihre Mitglieder oder Dritte wahr. Die NPOs verfolgen dabei keine wirtschaftlichen Gewinnziele, sondern dienen gemeinnützigen sozialen, kulturellen oder wissenschaftlichen Zielen.

Die NPOs sind ein wichtiger Bestandteil in der Gestaltung der sozialen Infrastruktur Hamburgs. Sie nehmen sowohl eine steuernde und gestaltende Funktion als auch aktive Beratung und Unterstützung im Einzelfall wahr. Darüber hinaus tragen diese Organisationen und Institutionen erheblich zur Förderung eines solidarischen Gemeinschaftsgefühls und zur Wahrung gemeinwohlorientierter Interessen bei.

Ihre Wirkungsfelder sind zahlreich und vielfältig, sie erfüllen Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich der Begegnung, Unterstützung und Interessenvertretung, die für eine attraktive, lebenswerte Stadt ausschlaggebend sind. Die NPOs bilden somit zu großem Teil den infrastrukturellen Rahmen, in dem sich bürgerschaftliches Engagement entfalten kann. Ohne das institutionelle Gerüst der NPOs bliebe das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vereinzelt und unfähig, auf gesellschaftliche Veränderungen in großer Bandbreite zu reagieren. Den NPOs kommt deswegen eine Schlüsselstellung im Leitprojekt zu. Im Rahmen des Projektes gilt es, die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Staat und den NPOs zu intensivieren und partnerschaftlich fortzuentwickeln.

Die Wohlfahrtsverbände nehmen innerhalb der NPOs eine Sonderstellung ein. Sie sind als Wertegemeinschaften entstanden und seit jeher eng mit der Emanzipation der Zivilgesellschaft gegenüber staatlichen Institutionen verbunden. Auch die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die berufliche Wohlfahrtspflege prägt den Charakter der Wohlfahrtsverbände seit ihrer Entstehung. Jedoch unterliegen die Verbände als Anbieter sozialer Leistungen sowie als Arbeitgeber für ihre hauptamtlich Beschäftigten auch betriebswirtschaftlichen Aspekten. Der Gegensatz zwischen der Rolle als Marktakteur im Bereich der sozialen Dienstleistung, die den allgemeinen betriebswirtschaftlichen Kriterien unterliegt, und der Rolle als gemeinnützige Organisation wird sich mit zunehmender Ökonomisierung des Sozialsektors weiter verstärken. Eine gefestigte Einbindung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern in die Arbeit und Struktur der Wohl-

fahrtsverbände kann auf Dauer dazu beitragen, ihren besonderen Stellenwert gegenüber privatwirtschaftlichen Unternehmen im Sozialsektor zu erhalten und zu festigen.

3. Wirtschaft

Hamburg hat als Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsknotenpunkt überregionale Bedeutung und zählt mit dem zweitgrößten Hafen Europas zu den bundesweit bedeutendsten und dynamischsten Wirtschaftszentren. Die Rolle der Wirtschaftsunternehmen im „Heimathafen“ ist jedoch nicht nur durch ihre klassische Funktion als Ausbilder und Arbeitgeber, durch ihre Innovationsstärke sowie aufgrund ihres Einflusses auf Politik, Wissenschaft und Forschung geprägt.

Auch das bürgerschaftliche Engagement von Kaufleuten und Unternehmern in der Hanse- und Stiftungsstadt Hamburg hat eine lange Tradition. Viele Hamburger Unternehmen engagieren sich über die reinen Marktprozesse hinaus sozial, sei es für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für das soziale Umfeld am Unternehmensstandort oder für die Allgemeinheit. Die regelmäßige Auszeichnung von Unternehmen mit dem „Hamburger Familiensiegel“ ist nur eines von vielen Beispielen, wie intensiv Arbeitgeber soziale Verantwortung sowohl gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch im lokalen Umfeld übernehmen. Viele Unternehmen haben erkannt, dass Wirtschaft und Gesellschaft in einem wechselseitigen Verhältnis stehen. Die Attraktivität eines Arbeitgebers für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hängt zunehmend mit dem sozialen Engagement des Unternehmens aber auch mit bürgerschaftlichem Engagement vor Ort zusammen, etwa im Bereich der Kinder- und Seniorenbetreuung oder im Sport- und Kulturbereich. Das Leitprojekt will die Wirtschaft dafür gewinnen, sich gesellschaftlich zu engagieren und den Standortvorteil eines funktionierenden sozialen Miteinanders für sich zu erkennen und zu nutzen.

Für Hamburg als „Heimathafen“ sind die Sozialunternehmen als spezieller Teil der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Beim sozialen Unternehmertum (Social Entrepreneurship) ist hervorzuheben, dass das Handeln der Unternehmen in erster Linie auf die Lösung von sozialen oder ökologischen Problemen abzielt statt allein profitorientierte Ziele zu verfolgen.

4. Staat

Der Staat als übergeordnetes und verwaltendes Organ der Allgemeinheit regelt das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger nach innen und vertritt sie nach außen. Dies trifft auf die Bundesregierung ebenso zu wie auf die Länder, also auch die Freie und Hansestadt Hamburg, und – im Kleineren – die Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg. Außerdem garantiert der Staat

seinen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Mindestmaß an Existenzsicherung, um Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Altersarmut oder Krankheit aufzufangen. Infolgedessen nimmt die Freie und Hansestadt Hamburg im „Heimathafen“ vor allem eine übergeordnete Rolle als Rahmengerber und Gestalter für das Zusammenleben der Hamburgerinnen und Hamburger ein.

Durch die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, insbesondere bedingt durch den demographischen Wandel, die Globalisierung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, den zunehmenden Wohlstand der Industrieländer und die Individualisierung der Lebensentwürfe jedes Einzelnen haben sich die Anforderungen an den Staat verändert. Die Gesellschaft verlangt nach einem fürsorgenden Staat, der umfassende Sozialleistungen in allen Lebenslagen zur Verfügung stellt. Bedingt durch die demographischen Veränderungen und die absehbar schrumpfende Erwerbsbevölkerung wird langfristig jedoch eine strukturelle Diskrepanz in den sozialen Sicherungssystemen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen. Um die Errungenschaften des Sozialstaates weiterhin aufrecht erhalten zu können, bedarf es deswegen neuer Impulse für eine gerechte und effektive Aufteilung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Aufgaben. Andererseits ist der demographische Wandel mit vielfältigen Chancen verbunden, die es aufzugreifen und zu nutzen gilt. Viele Menschen werden nicht nur älter, sie bleiben auch länger gesund und haben den Wunsch, sich zu engagieren und das gesellschaftliche Leben aktiv mitzugestalten. Bereits heute möchten viele Bürgerinnen und Bürger nicht nur Empfänger von Leistungen und Gegenstand staatlicher Versorgung sein, sondern sich in der Wahrnehmung ihrer Bürgerrechte an der Gestaltung von Politik und gesellschaftlichem Zusammenleben aktiv beteiligen. Dabei gelangt das Gemeinwohl wieder stärker in den Fokus.

Für den „Heimathafen“ Hamburg als lebenswertes Zuhause für alle Menschen ist es deswegen entscheidend, diese Veränderungen zum Anlass zu nehmen, um künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Werden die Potentiale der Bevölkerung aktiviert und genutzt, kann das Verhältnis zwischen staatlichen Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Kräften in eine neue, auf lange Sicht stabilisierende und Chancen eröffnende Balance gebracht werden. Dies hilft, dass der Staat weiterhin langfristig tragfähig ist und diejenigen auffängt, die Unterstützung brauchen. In erster Linie kann ein neues Ausbalancieren der staatlichen, professionellen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten aber dazu beitragen, die infolge der sozialpolitischen Entwicklungen früherer Jahrzehnte vielfach ausgegliederten Gruppen wie behinderte, kranke und pflegebedürftige Menschen wieder stärker in die Mitte der Gemeinschaft zu holen. Die Lebenswelt dieser Menschen, aber auch der Gesellschaft insgesamt kann dadurch wesentlich bereichert werden: Leben Menschen mit einem mittleren oder hohen Grad einer Behinderung oder Pflegebedürftigkeit heute oftmals am Rande der Gesellschaft in Spezialeinrichtungen und beschränkt sich ihr Kontakt im Wesentlichen auf Fachkräfte, so wird durch ein verstärktes Einbringen der Zivilgesellschaft mehr

Teilhabe und Kontakt im Stadtteil ermöglicht. Statt Menschen mit Hilfebedarf durch staatliche Rundum-Versorgung und alleinige Fachkräfte-Betreuung bei aller Gutwilligkeit in Teilen auch auszugrenzen, werden sie von der Gemeinschaft wieder in ihrer Mitte aufgenommen und unterstützt.

Für die Freie und Hansestadt Hamburg bedeutet dies, dass sie als Teil des Sozialstaates auch weiterhin mit dem Bund die Grundversorgung sicherstellt, soziale Sicherheit gewährleistet und ihre gesetzlich bestimmten Aufgaben wahrnimmt. Ausgestaltung und Umsetzung des sozialen Miteinanders liegen jedoch hauptsächlich in den Händen der Zivilgesellschaft und privatrechtlich organisierter Träger, während sich die Rolle des Staates auf eine moderierende Funktion beschränkt und er im Wesentlichen für die Rahmenbedingungen des Miteinanders zuständig ist.

An diesen Gedanken knüpft das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ an. Initiiert von der Freien und Hansestadt Hamburg soll es in erster Linie die Funktion eines Anstifters, Moderators und Begleiters in einem gemeinsamen Prozess mit den übrigen Akteuren einnehmen, um sowohl die gegenseitige Vernetzung als auch die Umsetzung innovativer Ideen für ein lebenswertes und Chancen eröffnendes Miteinander in der Stadt voranzubringen.

B. Beteiligungsverfahren

Das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ orientiert sich an den Bedürfnissen der Hamburgerinnen und Hamburger und stellt diese in den Mittelpunkt des Handelns. Dabei sind alle Menschen wie auch die weiteren Akteure in der Stadt aufgerufen, ihren „Heimathafen“ mitzugestalten und an seiner Zukunftsfähigkeit mitzuwirken. Der „Heimathafen“ Hamburg wird dabei umso erfolgreicher, je mehr den Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen wird und je größer die Akzeptanz in der Öffentlichkeit für das Projekt ist. Voraussetzung hierfür ist Transparenz im gesamten Leitprojekt-Prozess. Das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ soll deswegen in einem kooperativen und integrativen Beteiligungs- und Arbeitsprozess aller wesentlichen und in Hamburg ansässigen Akteure Gestalt annehmen. In einem umfangreichen Beteiligungsverfahren haben und sollen sie Gelegenheit erhalten, ihre Ideen und Vorstellungen vom „Heimathafen“ in den Leitprojekt-Prozess einzubringen und an der Realisierung des „Heimathafens“ mitzuwirken. In einem ersten Schritt war die Öffentlichkeit aufgefordert, Erwartungen, Wünsche und Anregungen an Hamburg als „Heimathafen“ sichtbar zu machen und Impulse für das Leitprojekt zu setzen. Hierzu wurde eine Telefon- und Online-Umfrage durchgeführt, an der sich insgesamt rund 2.000 Menschen beteiligt haben. Ergänzend wurden die Aussagen und Meinungen zum „Heimathafen“ im Rahmen von Fokusgruppengesprächen mit insgesamt 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vertieft und zielgruppenspezifische Themengebiete intensiver beleuchtet.

I. Verfahren der Telefon- und Online-Umfrage

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz hat im März 2010 eine öffentliche Umfrage mit dem Ziel durchgeführt, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die Chance zu geben, ihre persönliche Auffassung hinsichtlich des Begriffes „Heimat“, ihre heimatliche Verbundenheit mit Hamburg sowie ihre Erwartungen an Hamburg als „Heimathafen“ mitzuteilen.

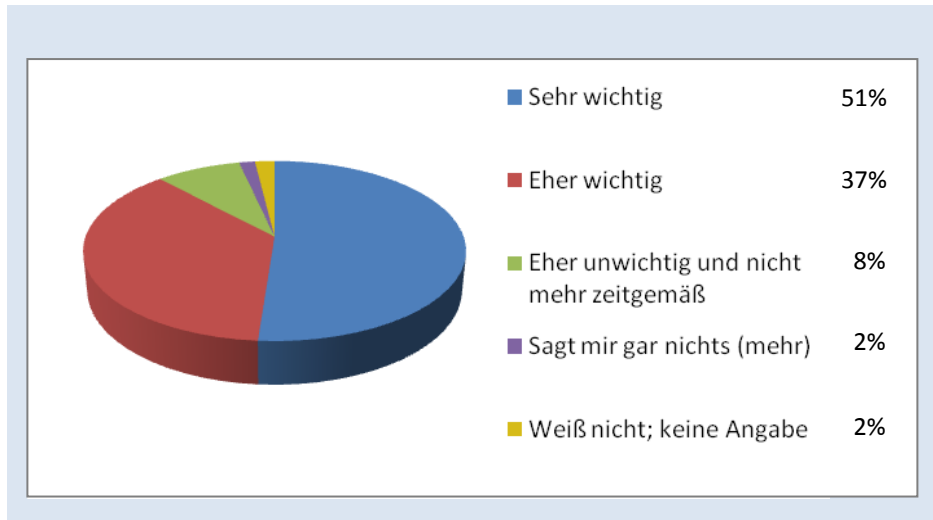
Zum einen hat das Markt-, Politik- und Sozialforschungsinstitut PSEPHOS im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 15. bis 19. März 2010 eine repräsentative Telefon-Umfrage durchgeführt. In diesem Zeitraum wurden in Hamburg 605 deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren nach dem Zufallsverfahren repräsentativ, das heißt als verkleinertes Abbild der Bevölkerungsstruktur, befragt. Laut PSEPHOS ist bemerkenswert, dass die angerufenen Hamburgerinnen und Hamburger äußerst bereitwillig und mit durchschnittlich acht Minuten für Telefoninterviews außergewöhnlich lange auf die insgesamt fünf Fragen zum Thema „Heimathafen“ geantwortet haben.

Zum anderen hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 16. bis 31. März 2010 eine Online-Umfrage angeboten, um allen Hamburgerinnen und Hamburgern die Gelegenheit zu geben, sich persönlich zum „Heimathafen“ zu äußern und in den Prozess einzubringen. In der Online-Umfrage konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die fünf Fragen der Telefon-Umfrage schriftlich und anonym antworten. Diese Möglichkeit haben 1.351 Menschen genutzt und auf die zwei geschlossenen und drei offenen Fragen konstruktiv und oftmals sehr ausführlich geantwortet. Die Teilnehmerzahl und das breite Spektrum der Antworten haben gezeigt, dass die Hamburgerinnen und Hamburger äußerst interessiert und engagiert sind, wenn es um die Stadt geht, in der sie leben.

II. Auswertung der Telefon- und Online-Umfrage

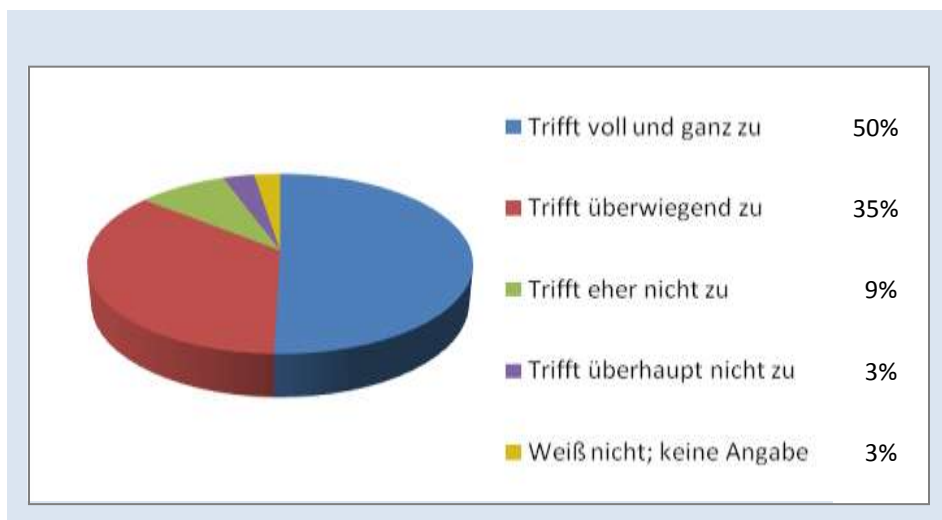
Die beiden ersten Fragen der Telefon- und Online-Umfrage beschäftigten sich mit der persönlichen Bewertung des Begriffes Heimat sowie der Einordnung Hamburgs in dieses Werteschema.

Frage 1: Wie wichtig ist der Begriff Heimat für Sie?



Heimat scheint für die Menschen auch im Zeitalter der Globalisierung eine wichtige Rolle zu spielen. So haben 88 Prozent der Befragten angegeben, Heimat als wichtig zu erachten („sehr wichtig“ oder „eher wichtig“). Heimatempfinden und der Begriff Heimat sind folglich keineswegs antiquiert, sondern nach wie vor aktuell und für die Menschen von Relevanz. Je älter sie werden, desto wichtiger wird für sie Heimat. Jugendliche oder jüngere Erwachsene sind diesbezüglich nur geringfügig weniger heimatverbunden. Menschen mit Migrationshintergrund messen dem Begriff Heimat fast genauso viel Bedeutung bei wie Menschen ohne Migrationshintergrund.

Frage 2: Ist Hamburg für Sie persönlich Heimat?



Bei der Festlegung, wo ihre Heimat zu finden ist, haben sich die meisten der Befragten eindeutig zu Hamburg bekannt: 85 Prozent der Umfrage-Teilnehmer gaben auf die Frage, ob Hamburg für sie persönlich Heimat ist, ihre Zustimmung in den Ausprägungen „Trifft voll und ganz zu“ oder „Trifft überwiegend zu“.

Ähnlich wie auch bei der allgemeinen Bedeutung von „Heimat“ fielen hier die Zustimmungswerte bei jüngeren Menschen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit erst kurzer Wohndauer in Hamburg etwas weniger hoch aus. Bemerkenswert ist, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund sich fast im selben Ausmaß mit Hamburg verbunden fühlen wie Menschen ohne Migrationshintergrund.

Als Ergebnis von Frage 1 und 2 lässt sich festhalten, dass der Großteil der Befragten eine stark ausgeprägte Verbundenheit zu Hamburg als Heimat empfindet, die vielfach mit den Jahren gewachsen ist.

Frage 3: Was ist für Sie persönlich wichtig, damit Hamburg ein „Heimathafen“ ist?

Kategorien	Online-Umfrage	Telefonumfrage	Kategorien	Online-Umfrage	Telefonumfrage
Grüne Metropole	26 %	20 %	Lebendige Quartiere	12 %	*
Freizeit / Kultur / Sport	25 %	14 %	Familienförderung / Kinderbetreuung	9 %	6 %
ÖPNV / Verkehr / Sauberkeit	22 %	17 %	Integration / Teilhabe	8 %	5 %
Stadtbild, Architektur	18 %	41 %	Soziale Infrastruktur	7 %	8 %
Wohnraum	17 %	11 %	Schule und Bildung	6 %	3 %
Innere Sicherheit	16 %	9 %	Gesunde Wirtschaft	6 %	7 %
Weltoffenheit/Toleranz	14 %	11 %	Sonstiges	10 %	19 %

* Aufgrund der unterschiedlichen Kategorien bei der Auswertung der Umfragen gibt es bei der Telefonumfrage zu den Fragen 3., 4. und 5. zu einigen Bereichen keine Angaben.

Bei Frage 3 sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgefordert gewesen, ohne Vorgabe von Antwortmöglichkeiten eigenständig Merkmale und Kategorien zu benennen, die für einen „Heimathafen“ wichtig sind und woran sich Hamburg als „Heimathafen“ messen lassen muss. Als besonders wichtig nannten hier die meisten Befragten Hamburgs prägendes Stadtbild, Grünanlagen, ein vielfältiges Freizeit-, Kultur- und Sportangebot und ein sauberes Straßenbild

mit einem attraktiven öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Vielfach wurden zudem bezahlbarer Wohnraum und ein hohes Maß an Innerer Sicherheit als wichtige Aspekte für einen „Heimathafen“ genannt.

Bemerkenswert ist, dass Schlagworte wie Sauberkeit und Innere Sicherheit deutlich häufiger als Merkmale eines attraktiven „Heimathafens“ genannt worden sind als soziale Themen wie Familienförderung, Integration, soziale Infrastruktur sowie der Themenkomplex Schule und Bildung. Hingegen sind häufiger sogenannte weiche Standortfaktoren wie die Weltoffenheit und Toleranz Hamburgs und die lebendigen und vielfältigen Quartiere der Stadt angegeben worden.

Frage 4: Was ist in Hamburg als „Heimathafen“ besonders positiv?

Kategorien	Online-Umfrage	Telefonumfrage	Kategorien	Online-Umfrage	Telefonumfrage
Stadtbild, Architektur	49 %	49 %	Gesunde Wirtschaft	3 %	*
Grüne Metropole	41 %	34 %	Soziale Infrastruktur	2 %	*
Freizeit / Kultur / Sport	32 %	22 %	Familienförderung / Kinderbetreuung	1 %	*
Weltoffenheit / Toleranz	24 %	10 %	Innere Sicherheit	1 %	*
ÖPNV / Verkehr / Sauberkeit	16 %	12 %	Schule und Bildung	1 %	*
Lebendige Quartiere / Stadteile	10 %	10 %	Wohnraum	1 %	*
Integration und Teilhabe	7 %	*	Sonstiges	19 %	25 %

In einem weiteren Schritt sollte Frage 4 verdeutlichen, in welchen Bereichen Hamburg als „Heimathafen“ bereits gut positioniert ist. Auch hier wurden bewusst keine Antwortkategorien vorgegeben, um nicht bereits dadurch Antwortrichtungen vorzusagen. Demnach zählen zu den Aspekten, die Hamburg positiv prägen, das Stadtbild mit Hafen, Alster und Architektur, die Vielzahl an Grün- und Parkanlagen, der hohe Freizeitwert, die Kulturvielfalt sowie die Weltoffenheit und Toleranz der Bevölkerung.

Vergleicht man die Ergebnisse von Frage 4 („Was ist in Hamburg als „Heimathafen“ besonders positiv?“) mit den Ergebnissen von Frage 3 („Was ist für Sie persönlich wichtig, damit Hamburg ein „Heimathafen“ ist?“), lassen sich in den einzelnen Kategorien gewisse Erfüllungsgrade ableiten. So zeigen die Umfrageergebnisse, dass hinsichtlich der Merkmale Stadtbild,

Begrünung, Freizeit-, Kultur- und Sportangebote sowie Weltoffenheit und Toleranz, die für viele im „Heimathafen“ wichtig sind, bereits sehr viel Positives wahrgenommen wird. Bei einer genaueren Betrachtung ist bemerkenswert, dass Menschen mit Migrationshintergrund die Integrationserfolge in Hamburg deutlich besser bewerten als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Trotz häufigerer Nennung als „wichtig“ für den „Heimathafen“ werden von nur wenigen Befragten die Themen Innere Sicherheit und bezahlbarer Wohnraum als besonders positiv herausgehoben. Eine gesunde Wirtschaft, die soziale Infrastruktur, Familienförderung und Kinderbetreuung sowie der Bereich Schule und Bildung werden selten als besonders positiv herausgehoben, aber auch selten als wichtig.

Bei der Betrachtung dieser Werte muss berücksichtigt werden, dass sie teils aktuelle politische und mediale Debatten um Wirtschaftskrise, Fahrbahn-Schlaglöcher und Neugestaltung der Schullandschaft widerspiegeln, die wiederum Gegenstand von laufenden staatlichen Handlungen und Verbesserungen sind.

Frage 5: Wo hat Hamburg als „Heimathafen“ noch Nachholbedarf?

Kategorien	Online-Umfrage	Telefonumfrage
Stadtentwicklung und Umwelt		
Bezahlbarer Wohnraum	20 %	6 %
ÖPNV	15 %	5 %
Straßennetz und Autoverkehr	15 %	19% (inkl. Radwege)
Radwege	8 %	*
Sauberkeit Straßen und Grünanlagen	12 %	8 % (inkl. Fußwege)
Sauberkeit Fußwege	8 %	*
Aktive Stadtteilentwicklung	16 %	5 %
Stadtbild / Bauvorhaben / Architektur	11 %	9 %
Umwelt / Klimaschutz	7 %	1 %
Behindertenfreundlichkeit, Barrierefreiheit	2 %	1 %
Winterdienst Straßen und Fußwege	2 %	*
Hafen, Elbvertiefung	1 %	*
Schule und Bildung		
Schule und Bildung	11 %	11 %
Hochschule und Wissenschaft		
Hochschulen	2 %	*
Innere Sicherheit		
Innere Sicherheit	10 %	*

Kategorien	Online-Umfrage	Telefonumfrage
Kultur und Sport		
Kulturvielfalt	7 %	2 %
Elbphilharmonie	5 %	8 %
Sportstadt Hamburg	1 %	*
Sonstiges	5 %	*
Senat		
Arbeit der Behörden / des Senats	10 %	8 %
Sonstiges (z.B. Transparenz, Bürgerbeteiligung sowie Verbindlichkeit von Volksentscheiden)	2 %	*
Soziales, Familie und Gesundheit		
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	6 %	%
Angebote Kinder und Jugendliche	6 %	6 %
Integration von Zuwanderern	5 %	4 %
Teilhabe von Menschen mit Behinderung	1 %	*
Grundsicherung SGB	1 %	*
Sonstiges	7 %	4 %
Finanzen		
Konsolidierung des Haushalts	2 %	*
Justiz		
Beginn / Dauer der Strafverfahren	1 %	*

Zielsetzung der offen formulierten Frage 5 war, für Hamburg konkrete Bereiche und Handlungsfelder zu erfahren, die nach Auffassung der Bevölkerung optimiert oder deren Potenziale weiter ausgebaut werden sollten. Zunächst ist bemerkenswert, dass alle zu Frage 5 als Handlungsbedarfe deklarierten Themenfelder nur relativ wenig Nennungen erhalten haben und dabei eine bemerkenswerte Themenvielfalt angegeben wurde. Kein Themenkomplex erhielt Nennungen von mehr als 20 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der Großteil sogar deutlich weniger als zehn Prozent. Beide Faktoren können dahingehend interpretiert werden, dass in den Augen der Bevölkerung Hamburg als „Heimathafen“ keine großen Nachholbedarfe hat, sondern die Bedürfnisse sehr individuell und vielfältig sind.

Um die Angaben besser einordnen zu können, wurden sie daher in Kategorien zusammengefasst. Den meisten Handlungsbedarf sehen die Befragten demnach in den Bereichen Wohnraum, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), Ausbau und Pflege der Verkehrsinfrastruktur (Straßen und Radwege), Ausweitung der aktiven Stadtteilentwicklung, Pflege des Stadtbildes, Innere Sicherheit sowie bei der Transparenz und Qualität der Arbeit von Behörden und Senat.

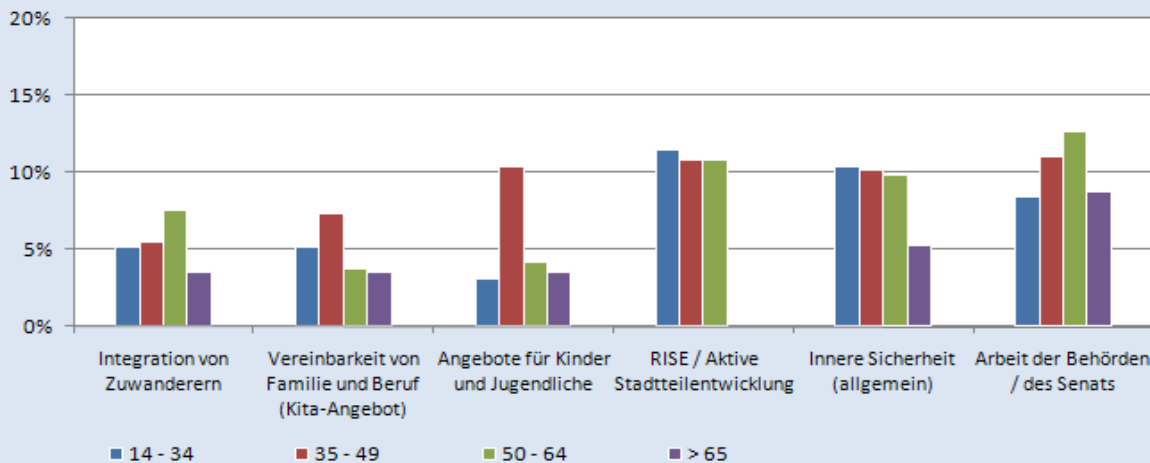
Auffallend ist, dass sich insbesondere junge Hamburgerinnen und Hamburger ein größeres und preiswerteres Wohnungsangebot wünschen, gerade in zentralen Lagen. Vor allem die Generation der 50- bis 65jährigen sieht einen besonderen Handlungsbedarf beim Ausbau und bei der Taktverstärkung des ÖPNV. Auch eine nachhaltigere und entlastende Verkehrspolitik und mehr Sauberkeit auf Straßen, Fußwegen und Grünanlagen werden gefordert.

Die Probleme beim Winterdienst in der Saison 2009/2010 und die in Folge der langen Frostperiode aufgetretenen Asphalt-Schlaglöcher haben zu deutlicher Kritik am Zustand der Straßen geführt. Außerdem wurde mehr Einsatz zum Ausbau der Radwege gefordert.

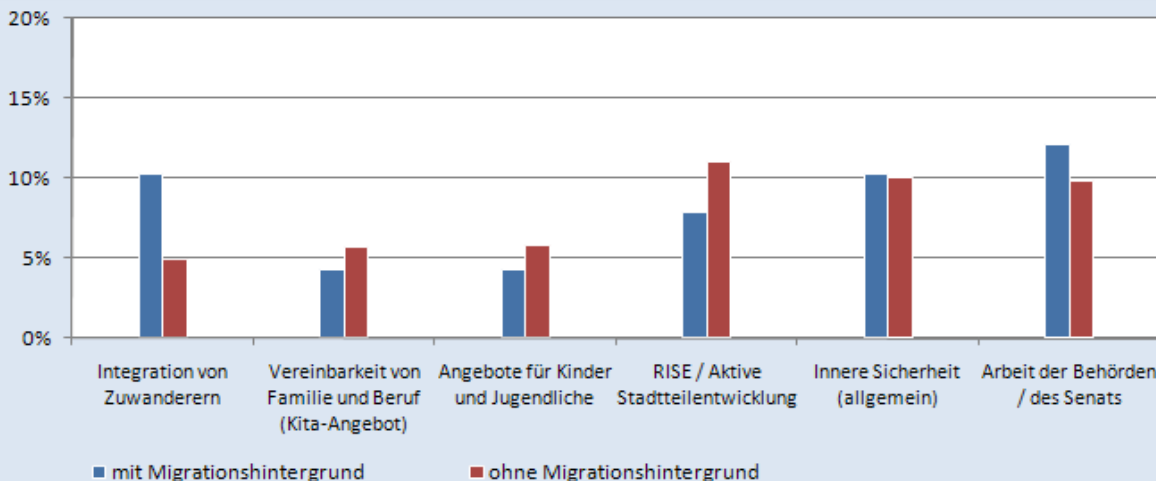
Vielfach wurden bei den offenen Beiträgen auch ganz allgemein gehaltene Forderungen hinsichtlich mehr sozialer Gerechtigkeit und dem Wunsch nach mehr Miteinander in der Gesellschaft angegeben. Wiederholt wurde gefordert, dass architektonische Veränderungen des Stadtbildes und einzelner Quartiere maßvoll und mit Rücksicht auf die dort lebende Bevölkerung vorangetrieben werden sollten.

Die nachfolgende Detail-Auswertung der Antworten auf Frage 5 gibt einen Einblick, wie unterschiedlich die für das Leitprojekt wesentlichen Themen abhängig vom Alter und vom ethnischen Hintergrund wahrgenommen werden.

Auswertung zu Frage 5; Gegenüberstellung sozialer Themen nach Altersstufen



Auswertung zu Frage 5; Gegenüberstellung sozialer Themen nach Migrationshintergrund



Es fällt auf, dass alle Altersgruppen fast gleichermaßen Handlungsbedarfe bei der Aktiven Stadtteilentwicklung und der Inneren Sicherheit sehen. Auch die Arbeit der Behörden beziehungsweise des Senates wurde von Menschen aller Altersgruppen oft genannt, wobei damit zum einen der individuelle Bürgerservice und die Transparenz gemeint sein können, zum anderen aber auch Entscheidungen zu Sachthemen und deren Umsetzung.

Handlungsbedarfe in den Bereichen Familienförderung, Kinderbetreuung und Jugendhilfe nimmt vor allem die Generation der Eltern von 35 bis 49 Jahren wahr. Auffällig ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bei Jugendförderangeboten im Vergleich weniger Handlungsbedarf sehen als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Dafür werden von Migranten mehr als doppelt so oft intensivere Integrationsbemühungen gefordert als von Menschen ohne Migrationshintergrund.

Insgesamt ist zu der Telefon- und Online-Umfrage anzumerken, dass das Antwortverhalten oftmals mit der persönlichen Betroffenheit zusammenzuhängen scheint und von der Telefon- und Online-Umfrage bis hin zu den Fokusgruppengesprächen zielgruppenorientierter wird. Dadurch lassen sich auch die teils auffallenden Bewertungsunterschiede zwischen der Telefon- und Onlineumfrage erklären.

Insbesondere im Rahmen der Online-Umfrage gab es zudem eine Reihe ganz konkreter Denkanstöße von einzelnen Personen. Diese Anregungen werden von den jeweils zuständigen Behörden aufgenommen und gegebenenfalls in das weitere Behördenhandeln einbezogen.

III. Verfahren der Fokusgruppengespräche

Um einen Eindruck von den Erwartungen ausgesuchter Bevölkerungsgruppen wie Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen sowie Personen mit und ohne Migrationshintergrund an den „Heimathafen“ Hamburg zu erhalten, hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz ergänzend zur Telefon- und Online-Umfrage Vertreter dieser Bevölkerungsgruppen zu zweistündigen Gesprächsrunden eingeladen. Das Interesse zur Teilnahme an einer Fokusgruppe ist zum einen im Rahmen der Telefonumfrage abgefragt worden. Zudem sind geeignete Institutionen angesprochen und um Ansprache von Interessierten gebeten worden.

Bei den fünf Fokusgruppen handelt es sich um folgende Gruppierungen:

- Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund
- Erwachsene ohne Migrationshintergrund
- Erwachsene mit Migrationshintergrund
- Seniorinnen und Senioren
- Menschen mit Behinderung

Zudem wurden zwei Fokusgruppengespräche mit Expertinnen und Experten von im Sozialbereich tätigen Organisationen und Initiativen durchgeführt. Hier wurde ein Querschnitt aller relevanten Akteure gebildet und diese wurden um Entsendung geeigneter Vertreterinnen und Vertreter gebeten. In den Expertengruppen waren beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter von

Senioren- und Migrantenverbänden, Interessenzusammenschlüssen von Menschen mit Behinderung oder von Patienten- und Gesundheitsinitiativen vertreten.

Zwischen dem 24. März und dem 1. April 2010 haben sich auf diese Weise insgesamt sieben Gesprächsrunden unterschiedlichster Zusammensetzung mit jeweils fünf bis elf Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensiv mit ihren Erwartungen an Hamburg als „Heimathafen“ beschäftigt. Die Gespräche in den Fokusgruppen wurden durch die Agentur SUPERURBAN vorbereitet, moderiert und dokumentiert.

IV. Auswertung der Fokusgruppengespräche

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppen haben sich sehr konstruktiv mit dem Thema „Heimathafen“ Hamburg, ihren Erwartungen an ihn und mit zielgruppenbezogenen Themen auseinandergesetzt. Hierbei wurden die Ergebnisse der Telefon- und Online-Umfrage durch die Fokusgruppen weitestgehend bestätigt. Darüber hinaus wurden eine Reihe von Denkanstößen und Anregungen geäußert, durch die Hamburg für die einzelnen Bevölkerungsgruppen noch mehr „Heimathafen“ werden könnte. Diese teilweise sehr in die Tiefe gehenden Aussagen der einzelnen Personen sind nicht wie bei der Telefon- und Online-Umfrage derart quantifizierbar, dass sich daraus allgemeine Meinungen ableiten ließen. Der große Vorteil der Fokusgruppengespräche liegt vielmehr in den konkreten Ideen und Vorschlägen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterbreitet haben. Im Zuge des Leitprojekt-Prozesses werden diese Anregungen aufgegriffen und in das weitere Handeln der Fachbehörden einbezogen. Anzumerken ist, dass oftmals von den Befragten Forderungen aufgestellt worden sind, die bereits im Handlungsfokus stehen und zu denen Konzeptionen erarbeitet werden oder deren Umsetzung bereits läuft. Dies macht deutlich, dass in der Bevölkerung ein Wissensdefizit zu aktuellen Maßnahmen besteht und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit der Behörden erforderlich ist, um Aktivitäten bekannter zu machen. Dadurch würde sich auch die geforderte Transparenz erhöhen.

Die Ergebnisse der Fokusgruppengespräche lassen sich in fünf Thesen zusammenfassen:

➤ These 1: Für die große Mehrheit der Befragten ist Hamburg ihr „Heimathafen“.

Die meisten Befragten fühlen sich in Hamburg heimisch. Sie schätzen die „maritime“ Lage der Stadt mit Hafen, Elbe und Alster, die vielen Grün- und Erholungsflächen sowie das breite Kultur- und Freizeitangebot. Die Atmosphäre wird als vergleichsweise weltoffen und tolerant wahrgenommen.

➤ These 2: Das soziale Miteinander in Hamburg ist wichtig und wird als relativ gut bewertet. Das soziale Miteinander in der Stadt hat für viele der Befragten einen hohen Wert und wird in Hamburg als vergleichsweise gut beschrieben. Viele beobachten jedoch eine zunehmende soziale Differenzierung in der Stadt (Segregation).

➤ These 3: Hamburg besitzt viel Potenzial für mehr ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Um das Potenzial zu nutzen, wird der Staat aufgefordert, bessere Strukturen für ehrenamtliche Tätigkeit zu schaffen. Zum Beispiel sollen die Angebote in den Quartieren besser bekannt gemacht werden. Ehrenamt wird als Potenzial für sogenannte Semi-Profis gesehen; gefordert wird dabei aber eine klare Trennlinie zur professionellen Tätigkeit. Als Semi-Profis kommen vor allem Freiwillige ohne einen ausdrücklichen fachlichen Hintergrund in Betracht, beispielsweise als Begleiter oder Mentoren für Unterstützungsbedürftige.

➤ These 4: Die Qualität öffentlicher Räume ist wichtig, um sich in Hamburg heimisch zu fühlen.

Das Gefühl, sich in Hamburg heimisch zu fühlen, hängt stark von der Qualität der öffentlichen Räume in der Stadt ab, zum Beispiel von der Barrierefreiheit und Sauberkeit. Viele der Befragten wünschen sich gepflegte öffentliche Räume, in denen sie sich sicher fühlen können. Dies wird auch für Busse und Bahnen gefordert.

➤ These 5: Das soziale Miteinander in den Quartieren soll organisiert und verbessert werden. Das soziale Miteinander sollte nach Ansicht vieler Befragter auf Ebene der Stadtteile und Quartiere organisiert und verbessert werden. Beispielhaft genannt wurden Mehrgenerationenhäuser, die Weiterbildung und Integration von Migranten, die Stärkung der Bürgerbeteiligung und das ehrenamtliche Engagement.

C. Handlungsfelder

Das Leitprojekt soll in neun Handlungsfeldern Verwirklichung finden, die den „Heimathafen“ Hamburg prägen. Die Handlungsfelder orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen, die in Hamburg leben, sie beziehen die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens ein und berücksichtigen Herausforderungen und Chancen, die die Zukunft für Hamburg bringt. Denn in Hamburg

finden, ebenso wie in ganz Europa, erhebliche Veränderungen in Bezug auf die Gemeinschaft statt: Die Familiengründung erfolgt immer später und eine traditionelle Familie weicht zunehmend individuellen Lebensentwürfen. Patchwork-Familien und Alleinerziehende nehmen zu, Großfamilien mit mehreren Generationen ab. Eine höhere Lebenserwartung führt zu immer mehr teils aktiven, teils unterstützungsbedürftigen Seniorinnen und Senioren. Die Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird selbstverständlicher, die Arbeitswelt globaler und die Gesellschaft im Sinne von kultureller Vielfalt immer bunter. Diese und weitere Entwicklungen stellen Hamburg vor neuartige Herausforderungen und bieten gleichzeitig beispiellose Möglichkeiten für ein Mehr an Teilhabe, Selbstbestimmung sowie für kultur- und generationenübergreifende Begegnung und Bereicherung. Das Leitprojekt will diesen Anforderungen der Zukunft mit Weitblick begegnen und die entstehenden Chancen nutzen, um Hamburg zum „Heimathafen“ für Menschen jeder Generation und Herkunft heute und in Zukunft zu machen.

Alle Hamburgerinnen und Hamburger in allen Teilen der Stadt sollen, unabhängig von ihrer Lebenssituation und Lebensphase, vom Aufwind der wachsenden Stadt mitgenommen werden und gleichzeitig symbolisch einen Anker haben, der sie auch in schwierigen Lebenssituationen sicher im „Heimathafen“ hält. Voraussetzung hierfür sind einerseits staatliches Handeln, sozial absichernde Gesetze und eine effiziente Infrastruktur an Hilfs- und Unterstützungsleistungen, andererseits aber auch der Zusammenhalt der Menschen im Alltag. So wie Hamburg durch seine Menschen lebt und geprägt wird, kann auch der „Heimathafen“ nur Realität werden, wenn alle Akteure an seiner Umsetzung und Gestaltung mitwirken. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Teilhabe und Integration funktionieren nur bei einer gelebten Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Hierfür kann der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, die Umsetzung erfolgt jedoch in erster Linie durch die Menschen in der Stadt, die Wirtschaft und die NPOs. Das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ will die Hamburgerinnen und Hamburger motivieren und aktivieren, für sich selbst und für andere Verantwortung zu übernehmen, es will Brücken bauen zwischen verschiedenen Kulturen und Generationen und allen Menschen in der Stadt individuelle Chancen eröffnen.

Die nachfolgende Grafik zeigt die neun Handlungsfelder auf, in denen das Leitprojekt realisiert wird. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf sozialen Kernthemen, dem Zusammenleben der Menschen in der Stadt sowie demographischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Im Beteiligungsverfahren genannte Themen, die beispielsweise den Wohnraum, den ÖPNV oder Freizeit-, Sport- und Kulturangebote betreffen, werden von den jeweils zuständigen Behörden an anderer Stelle beziehungsweise gegebenenfalls im Rahmen anderer Leitprojekte bewegt und

sind nicht Gegenstand des rein sozialpolitisch ausgerichteten Leitprojektes „Hamburg: Heimathafens“.



Die drei Handlungsfelder „Stärkung der Nachbarschaft“, „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Bürgerbeteiligung“ bilden das symbolische Dach über den anderen sechs Handlungsfeldern. Sie sind Herzstück des Leitprojektes und oftmals Werkzeug in den anderen Handlungsfeldern, die sich an den Bedürfnissen und Potenzialen der Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenslagen orientieren.

I. Handlungsfeld 1: Nachbarschaft

Ein „Heimathafen“ ist weniger in einer anonymen Großstadt zu finden als vielmehr in der Nachbarschaft, in der die Menschen im überschaubaren Umfeld miteinander leben. Kern des Leitprojektes ist daher, die Nachbarschaft zu stärken und den sozialen Nahraum aufzuwerten, da er die kleinste, über die Familie hinausgehende Einheit des sozialen Zusammenlebens in einer Großstadt ist.

Angesichts der Tatsache, dass die Familienstrukturen sich verändern, kann eine funktionierende Nachbarschaft daraus entstehende Bedürfnisse und Defizite auffangen, Unterstützung im Alltag bieten und Begegnung von Menschen unterschiedlichster Generationen und Ethnien fördern. Auf diese Weise kann eine gelebte Nachbarschaft verbindendes Element der Kulturen und Generationen sein und Halt in schwierigen Lebenssituationen geben. Durch Unterstützung von Nachbar zu Nachbar wird einerseits das Leben der Menschen bereichert und der Alltag erleich-

tert. Zudem kann eine Verfestigung von Problemlagen womöglich vermieden werden, wenn statt der Anonymität in der Großstadt eine Kultur des verantwortungsvollen Umgangs, des Hinschauens und Aktivwerdens in den Nachbarschaften gelebt wird.

Die Hamburgerinnen und Hamburger sind hierfür offen: So besteht eine zentrale Forderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage sowie der Fokusgruppengespräche in der Schaffung von nachbarschaftlichen Begegnungsorten. Außerdem wurde der Wunsch nach mehr Nachbarschaftshilfe geäußert. Diesen Wunsch will das Leitprojekt aufgreifen. Die Stadt sieht ihre Funktion dabei nicht in der Reglementierung des Miteinanders, sondern vielmehr im Setzen positiver Impulse, um Nachbarinnen und Nachbarn füreinander zu öffnen, soziale Isolationen aufzubrechen und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.

II. Handlungsfeld 2: Bürgerschaftliches Engagement

Das Engagement der Bevölkerung ist eine wichtige Säule im „Heimathafen“. Engagement – sei es niedrigschwellig und ohne organisatorischen Überbau in der Nachbarschaft oder im organisierten

Rahmen – gibt Antworten darauf, wie unsere Gesellschaft mit Werte- und demographischem Wandel umgehen kann. Engagement führt zu sozialen Kontakten, Begegnung, Integration und alltagsnaher Unterstützung.

Neben dem statistisch nicht erfassbaren nachbarschaftlichen Engagement ist in Hamburg knapp ein Drittel der Bevölkerung über 14 Jahre in einer Gruppe, einem Verein, einer Organisation oder Einrichtung bürgerschaftlich aktiv, das entspricht rund 450.000 Hamburgerinnen und Hamburgern. Ihr Engagement zu festigen, auszubauen und neue Menschen für ein Engagement zu gewinnen sowie ihnen neue Handlungsfelder zu eröffnen, ist ein zentrales Anliegen des Leitprojektes, um einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu bewirken.

Bürgerschaftliches Engagement trägt zudem erheblich zur Persönlichkeitsentwicklung und zum Kompetenzerwerb bei – und das in jedem Alter. Jugendliche und junge Erwachsene lernen beispielsweise im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), wie wertvoll für sie selbst und für Andere bürgerschaftliches Engagement sein kann. Hiervon profitieren sie im besten Fall ein Leben lang, sei es durch die gewonnene Erfahrung, durch geknüpfte Kontakte für das spätere Berufsleben oder die Aneignung von Fähigkeiten. Denn Menschen, die neben dem Beruf oder während der Ausbildungszeit engagiert sind beziehungsweise waren, bringen viel mit: Sozial-

kompetenz, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Verlässlichkeit und einiges mehr. Die Wirtschaft setzt auf diese Kompetenzen und betrachtet Engagement zunehmend als Schlüsselqualifikation, zum Beispiel bei der Beurteilung von Bewerbungen.

Auch ältere Menschen außerhalb der aktiven Erwerbsphase leisten mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement einen wichtigen Beitrag für die Gemeinschaft. Schon heute setzen sich überproportional häufig Seniorinnen und Senioren für ihre Mitmenschen ein und verbessern damit zugleich ihre persönliche Lebensqualität durch soziale Kontakte und eine sinnstiftende Aufgabe. Engagierte im fortgeschrittenen Alter verfügen über Lebenserfahrung und Fertigkeiten, die sie im Laufe des Berufs- und Familienlebens erlernt haben und die sie im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements einbringen. Damit sind sie eine Bereicherung für die Gemeinschaft.

Ferner gehört es für viele Unternehmen zum Selbstverständnis, sich freiwillig zu engagieren. Gerade mittelständische und kleine Betriebe sind von der Entwicklung und den gesellschaftlichen Herausforderungen am Unternehmensstandort unmittelbar betroffen. Faktoren wie Bildung, medizinische Versorgung, ein funktionierendes Zusammenleben und eine gepflegte Umgebung sind wichtig für eine produktive Mitarbeiterschaft und unternehmerischen Erfolg. Es liegt folglich im Eigeninteresse von Unternehmen, sich in ihrem regionalen Umfeld zu engagieren und dieses aktiv mitzugestalten. Auf diesem Gebiet gibt es noch ein beträchtliches Potenzial zu erschließen, was auch im Bemühen der Bundesregierung und der Länder im Bereich Corporate Social Responsibility zur Geltung kommt.

Nicht zuletzt trägt bürgerschaftliches Engagement zu einem interkulturellen Verständigungsprozess von Menschen mit und ohne Migrationsbiographie bei. Gemeinsam können soziale Kompetenzen erworben und gegenseitige Wertschätzung erfahren werden, wobei das Gemeinwesen im Sinne vielfältiger Ideen, Fähigkeiten und Bedürfnisse gemeinsam geformt wird. Auch kann der Integrationsprozess durch bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten nachhaltig unterstützt werden.

Wie die Bevölkerung und die Arbeitswelt, so unterliegt auch das bürgerschaftliche Engagement einem Wandel. Die Motivation für bürgerschaftliches Engagement entspricht heutzutage weniger einem Pflichtgefühl als vielmehr dem Bedürfnis nach sozialen Kontakten, nach sinnvoller Einbringung eigener Fähigkeiten und eigenen Wissens, nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung sowie nach Partizipation und Mitbestimmung in den Projekten. Dies belegen auch die Ergebnisse aus dem Beteiligungsverfahren zum Leitprojekt, in dem häufig der Wunsch nach zielgruppenspezifischen Angeboten für ein bürgerschaftliches Engagement geäußert wurde. Insgesamt be-

stand sogar der Wunsch nach mehr und breiteren Möglichkeiten, bürgerschaftliches Engagement auszuüben. Das Leitprojekt möchte diese Motivation nutzen und fördern, insbesondere im kleinräumlichen Umfeld. Darüber hinaus ist Zielsetzung des Leitprojektes, begleitende Maßnahmen zur Vernetzung und Bekanntmachung der bestehenden Angebote für ein freiwilliges Engagement zu treffen.

III. Handlungsfeld 3: Bürgerbeteiligung

Damit sich Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Lebensumfeld identifizieren und in das Miteinander vor Ort einbringen, bedarf es einer aktiven Bürgerbeteiligung. Durch Austausch und gegenseitige Einflussnahme zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern werden gemeinschaftliche Interessen vertreten und Impulse für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft gesetzt. Bürgerbeteiligung als Kern einer partizipativen Demokratie ist somit Voraussetzung, damit die Interessen aller im „Heimathafen“ berücksichtigt werden, das Handeln von Politik und Verwaltung transparent ist und Entwicklungsprozesse von allen getragen werden.

Schon jetzt gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, wie sich Bürgerinnen und Bürger in Hamburg am Geschehen beteiligen können. Hier ist zunächst das politische Engagement in Parteien zu nennen und die Tatsache, dass sich das politische Engagement zunehmend von der parteipolitischen Bindung auf die Verfolgung inhaltlicher oder persönlicher Interessen verlagert. Die Förderung der politischen Bildung wie auch des parteipolitischen Engagements und die Würdigung des politischen Bürgerengagements insgesamt stellen damit ein bedeutendes Handlungsfeld für die Bürgerbeteiligung und den dazu gehörenden Ausgleich der Interessen dar. Eine häufig vorkommende Variante der Bürgerbeteiligung ist zudem das Engagement in Form von Selbsthilfeszusammenschlüssen und Interessenverbänden unterschiedlichster Art. Sie sind oftmals an Programmen insbesondere auf lokaler Ebene beteiligt und engagieren sich beispielsweise in der sozialen Beratung, kämpfen für eine bessere Lebensqualität im Stadtteil oder setzen sich für ökologische Belange ein.

Ein Beispiel für die Mitwirkung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist der Hamburger Integrationsbeirat. Seitdem er im Jahr 2002 vom Senat ins Leben gerufen wurde, hat er sich als landesweites Gremium der Partizipation und als Multiplikator bewährt. Im Bereich des Schulwesens sind beispielhaft die Elternkammer, die Lehrerkammer und die Schülerkammer zu nennen, über die Bürgerbeteiligung realisiert und in der Praxis wirksam wird. Darüber hinaus

gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten und Gremien, die Bürgerbeteiligung über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus in Hamburg möglich machen.

Die Auswertung der Telefon- und Online-Umfrage sowie der Fokusgruppengespräche zeigt, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger mehr Teilhabemöglichkeiten wünschen, um Prozesse mitzugestalten. Zudem haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Online-Umfrage oftmals konkret den Wunsch geäußert, sich am Leben im Quartier außerhalb der politischen Gremien der Bezirksversammlung verstärkt beteiligen zu wollen. Diesen Wunsch will das Leitprojekt aufgreifen und die Menschen aktiv in gestalterische Prozesse und eine Verbesserung von Teilhabe und Integration einbinden.

IV. Handlungsfeld 4: Sicherheit

Mit dem Begriff „Heimat“ sind Attribute wie Geborgenheit, Schutz, soziale Absicherung, aber auch Sauberkeit im öffentlichen Raum eng verknüpft. Nur wer sich keiner Bedrohung ausgesetzt sieht, sich auch in Krisenzeiten des Lebens nicht allein gelassen sieht und in einer gepflegten Umgebung lebt, fühlt sich wohl und gut aufgehoben. Vor allem für das Ziel der uneingeschränkten Teilhabe ist die Innere Sicherheit entscheidend für den „Heimathafen“: Nur wer sich im öffentlichen Raum keiner Gefahr ausgesetzt sieht, bewegt sich dort ohne Einschränkung, ist zum Beispiel auch abends und in nicht vertrauten Gegenden unterwegs. Bestätigt wird dies durch die Online-Umfrage: 15 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben angegeben, dass Innere Sicherheit für einen „Heimathafen“ wichtig ist.

Sicherheit als Überbegriff für Innere Sicherheit, soziale Absicherung und ein gepflegtes Umfeld spielt folglich auch für das Leitprojekt eine zentrale Rolle.

In Bezug auf die soziale Sicherheit bedeutet dies: Nur wer sich in Notlagen durch finanzielle und praktische Unterstützung abgesichert sieht, fühlt sich im „Heimathafen“ geborgen. Deutschland als Sozialstaat bietet hierfür ein enges Netz an Sozialleistungen und Hilfen, das in schwierigen Lebenslagen auffängt und Halt gibt. Mit der Zielsetzung, Menschen nicht nur zu versorgen, sondern ihnen zu helfen, ihre schwierige Lebenssituation zu überwinden, gibt es in Hamburg darüber hinaus eine Fülle an Unterstützungsangeboten wie Schuldnerberatungsstellen, Familienhilfezentren sowie Beratungsstellen zu den vielfältigsten Themen und Problemlagen. Dieses Angebot an Hilfen wird in der Öffentlichkeit als sehr umfassend wahrgenommen: Lediglich ein Prozent der Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer zum Leitprojekt sieht in diesem Bereich Hand-

lungsbedarf. Dies lässt auf eine überwiegend positive Wahrnehmung der sozialen Infrastruktur in Hamburg schließen.

Dennoch steht das Hilfesystem infolge des demographischen und sozialen Wandels neuen Herausforderungen gegenüber, auf die es sich einstellen muss. Hier kommt vor allem der Vernetzung der Akteure sowie der Einrichtungen im Stadtteil eine Bedeutung zu. Je kleinräumiger und abgestimmter die Unterstützung erfolgt und je mehr sie im Wohnumfeld der Hilfeempfängerinnen und -empfänger verankert ist, desto individueller, zielgerichteter und effektiver ist sie.

In Bezug auf die Innere Sicherheit sind für Hamburg als Metropole naturgemäß besondere Anforderungen verknüpft, da durch das engräumige Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Prägung verstärkt Konfliktherde entstehen. Dementsprechend können kriminelle Handlungen oder auch Suchtproblematiken in größerer Dichte auftreten und als solche deutlicher wahrgenommen werden, als dies in Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte der Fall wäre. Begleitend zu den bestehenden Maßnahmen von Innen-, Sozial- und Justizbehörde will das Leitprojekt Sicherheit und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung verbessern.

Sich wohl und sicher zu fühlen ist eng mit Eigenschaften wie gepflegten und sauberen Grünanlagen, Gehsteigen und Straßen verbunden. Hamburg hat hier als Europas „Umwelthauptstadt 2011“, für die die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt federführend zuständig ist, eine besondere Verpflichtung und Vorbildfunktion, die die Stadt ausbauen und nutzen möchte. Darüber hinaus sollen die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft und ihr Wohnumfeld bestärkt werden.

Zu Sicherheit gehört im weiteren Sinne auch die Verbrauchersicherheit, deren Bedeutung mit zunehmender Angebotsvielfalt zunimmt – sei es beispielsweise im Supermarkt, im Bereich der Gesundheit oder beim Schließen von Verträgen. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher nicht den Überblick verlieren, sondern fundierte Auswahlentscheidungen treffen beziehungsweise Leistung und Qualität einschätzen können, bedarf es in einer modernen und weitsichtigen Metropole eines funktionsfähigen Verbraucherschutzes. Dieser wird in Hamburg unter anderem durch die Veröffentlichung der Ergebnisse von Hygienekontrollen in Lebensmittelbetrieben und Gaststätten weiter gestärkt werden.

V. Handlungsfeld 5: Vielfalt und Integration

Großstädte wie Hamburg sind seit Jahrzehnten Zielort von Zuwanderinnen und Zuwanderern unterschiedlichster Kulturen. So kommt es, dass gut jede vierte Einwohnerin beziehungsweise jeder vierte Einwohner Hamburgs einen Migrationshintergrund und etwa jede Siebte beziehungsweise jeder Siebte eine ausländische Staatsangehörigkeit hat. Ihre Integration beginnt dort, wo die Menschen leben und im Alltag zusammenkommen: in der Nachbarschaft, in Bildungs- und Jugendeinrichtungen, am Arbeitsplatz, in Sport- und Kulturvereinen. Auch die Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung sind Orte, in denen Gemeinsames vermittelt und Integration konkret wird. Je mehr Menschen mit Migrationshintergrund hier Gelegenheit zur Mitgestaltung haben und je mehr Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stattfindet, desto mehr Vorurteile und Hemmschwellen werden abgebaut und Integration ermöglicht. Hierzu bedarf es einer Infrastruktur und integrativer Konzepte, um Begegnung und Mitwirkung zu fördern. Bereits heute gibt es in Hamburg viele Einrichtungen in den Quartieren, die in diesem Sinne als Orte der interkulturellen Begegnung fungieren. Hierzu zählen Gemeindezentren, Nachbarschaftstreffe, Eltern-Kind-Zentren, Integrationszentren, Stadtteil- und Kulturzentren oder auch Mehrgenerationenhäuser.

Ethnische Vielfalt gibt der hanseatischen Metropole internationales Flair, bereichert das Miteinander, die Kultur und die Wirtschaft. Gerade angesichts der Herausforderungen einer globalisierten Welt kann und muss Hamburg diesen Reichtum nutzen und bewahren. Die Grundlagen hierfür sind gegeben: Nach den Ergebnissen der Telefon- und Online-Umfrage tragen die bisherigen Aktivitäten zur Integration in Hamburg Früchte: Von den Befragten mit Migrationshintergrund fühlen sich 83 Prozent ganz oder überwiegend in Hamburg zuhause. Dennoch sehen sie durchaus noch Potenzial für weitere Maßnahmen, um die Integration weiter zu fördern. Hierbei liegt besonderer Handlungsbedarf bei der Integration in die Arbeitswelt:

Die Erwerbsbevölkerung schrumpft in Deutschland schneller und stärker als in anderen Ländern. Der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge wird sie – ohne Zuwanderung – bis zum Jahr 2020 bundesweit um sechs Prozent abnehmen. Um diese Lücke zu schließen, ist Hamburg wie ganz Deutschland auf qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer angewiesen – auf diejenigen, die bereits in der Stadt leben und auf diejenigen, die erst noch nach Hamburg ziehen. Für die Wirtschaft sind Migrationshintergrund und Zuwanderungsbiographie gleichzusetzen mit Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenz, was wichtige Kriterien sind, um als Unternehmen konkurrenzfähig zu sein und zu bleiben. Für

Menschen mit Migrationshintergrund hingegen ist erfolgreiche Integration in die Arbeitswelt Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne finanzielle Abhängigkeit.

Auch bezüglich älterer Menschen mit Migrationshintergrund ergibt sich Handlungsbedarf: Aus den jungen Zuwanderinnen und Zuwanderern von früher sind heute Seniorinnen und Senioren geworden. Anders als viele von ihnen geplant hatten, bleiben sie auch nach ihrer Berufstätigkeit an dem Ort, wo ihre Familien leben und kehren nicht in ihre Herkunftsländer zurück. Vor dem Hintergrund, dass Integration lange Zeit kein Thema war, auch nicht auf Seiten der deutschen Gesellschaft, erschweren nun mangelnde oder lückenhafte Sprachkenntnisse, andere kulturelle und religiöse Traditionen, fehlende kultursensible Angebote und oftmals auch Ängste vor neuen Lebenssituationen häufig die gesellschaftliche Teilhabe im Alter. Hinzu kommt, dass viele Zuwanderinnen und Zuwanderer oft nicht die vollen Erwerbsjahre für die Rentenversicherung geleistet oder in geringfügig bezahlten Berufen gearbeitet haben, sodass ihr Rentenanspruch gering und ihr finanzieller Spielraum eingeschränkt ist. Will Hamburg auch für ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer „Heimathafen“ sein, muss die Stadt auf diese Menschen zugehen und alle Akteure müssen gemeinsam mitwirken, um ihnen Teilhabe zu ermöglichen.

Das Leitprojekt fördert das Miteinander, indem alle Beteiligten – Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – sich füreinander öffnen, respektvoll aufeinander zugehen und zu gegenseitiger Teilhabe verhelfen.

VI. Handlungsfeld 6: Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Mit rund 14 Prozent Bevölkerungsanteil lebt etwa jede siebte Hamburgerin beziehungsweise jeder siebte Hamburger mit einer oder mehreren Behinderungen. Rund zehn Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger sind schwerbehindert, vor allem ältere Menschen: Ein gutes Viertel der Schwerbehinderten ist 75 Jahre und älter; etwa die Hälfte gehört der Altersgruppe zwischen 55 und 75 Jahren an. Rund zwei Prozent der Schwerbehinderten sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Tendenz ist deutlich: Behinderung nimmt mit steigendem Lebensalter zu. Dies bedeutet für die Stadt Hamburg, dass sie sich bedingt durch die steigende Lebenserwartung zunehmend auf die Teilhabebedürfnisse von Menschen mit Behinderungen einstellen muss, will sie auch in Zukunft für diese Bürgerinnen und Bürger „Heimathafen“ sein.

In demselben Maße, wie Menschen mit einer Behinderung stärker am Leben in der Gemeinschaft teilhaben, muss sich aber auch die Gesellschaft Menschen mit Behinderung öffnen, denn eine der Teilnahme verpflichteten Gesellschaft lässt Ausgrenzungen nicht zu – weder im Arbeitsleben noch in der Gemeinschaft.

Die Teilhabe behinderter Menschen hat sich in den vergangenen Jahren in Hamburg deutlich verbessert. Menschen mit Behinderungen können heute auf ein gut ausgebautes Angebot mit einem hohen Standard an Unterstützungsleistungen zurückgreifen. Diese gute Ausgangslage gilt es zu pflegen und mit Blick auf die steigende Zahl von Menschen mit Behinderungen in einem kommunikativen und kooperativen Zusammenspiel von Staat, Sozialleistungsträgern, Interessenvertretungen und Verbänden fortzuentwickeln.

Zielsetzung für Hamburg als „Heimathafen“ ist, soziale Kontakte, Netzwerke und die Unterstützung von Bürger zu Bürger, ob behindert oder nicht, zu fördern, um Separation und Ausgrenzung zu verhindern, zu beenden und Teilhabe zu ermöglichen. Dies kann – neben dem Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und Zugangshürden in der Arbeitswelt – nur gelingen, wenn sich auch die Gemeinschaft Menschen mit Behinderungen gegenüber öffnet und ihnen ein Leben in ihrer Mitte ermöglicht.

VII. Handlungsfeld 7: Familienfreundliches Hamburg

Hamburg gilt einerseits als Hochburg für Singles – knapp die Hälfte aller Haushalte sind Ein-Personen-Haushalte – andererseits leben in Hamburg rund 224.000 Familien mit einem oder mehreren Kindern. Das Bild der klassischen Familie mit Ehepartnern und Kindern unterliegt dabei einer fortschreitenden Veränderung: Immer mehr Paare heiraten spät und erfüllen sich ihren Kinderwunsch erst nach beruflicher und finanzieller Festigung. In Konsequenz wünschen sie sich, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Es gibt immer mehr Patchwork-Familien und Alleinerziehende. Außerdem hat sich die Rolle der Großelterngeneration im Familienverband verändert. Familienverbände leben heute nicht mehr selbstverständlich unter einem Dach. Oft sehen Kinder ihre Großeltern aufgrund der Entfernung wenn überhaupt nur noch ein paar Mal im Jahr.

Dieser Wandel der Familienstrukturen eröffnet Müttern und Vätern einerseits, ihr individuelles Lebensmodell ohne gesellschaftliche Zwänge und geschlechtsspezifische Rollenverteilung zu verwirklichen. Andererseits führt die Entwicklung zu Herausforderungen, die im „Heimathafen“ berücksichtigt werden müssen: Fällt der Rückhalt und die Unterstützung im Alltag durch Partner und Verwandte weg, muss diese Lücke anderweitig geschlossen werden. Berufstätigen Eltern beziehungsweise Alleinerziehenden muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden. Und der Lebensschatz, den Kinder traditionell durch den Kontakt zu Großeltern gewin-

nen und umgekehrt, muss durch anderweitige generationenübergreifende Kontakte ergänzt werden.

Bereits heute bieten Elternschulen und Familienbildungsstätten sowie weitere Projekte der Familienbildung ein offenes Forum, sich von Beginn des Kinderlebens und sogar noch zuvor, mit anderen Familien auszutauschen, interkulturelle und generationenübergreifende Kontakte, aber auch Kontakte mit gleichaltrigen Kindern zu knüpfen sowie Rat und Hilfe zu erfahren.

Der Unterstützung und Förderung von Eltern, Kindern und Jugendlichen unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und demographischen Herausforderungen kommt im Leitprojekt eine besondere Stellung zu, um bereits hier lebenden, zuziehenden und künftigen Familien heute und in Zukunft ein „Heimathafen“ zu sein.

VIII. Handlungsfeld 8: Seniorenfreundliches Hamburg

Auch wenn sich der demographische Wandel in Hamburg durch die Zuwanderung jüngerer Menschen in Ausbildung oder Studium sowie jüngerer Familien mit Kindern langsamer vollzieht als in anderen Städten, nimmt gleichwohl auch in der Hansestadt der Anteil älterer Menschen zu. Hamburg wird in den nächsten Jahren von dem bundesweiten Altersstrukturwandel zwar deutlich weniger betroffen sein als andere deutsche Städte, aber auch in Hamburg ist schon jetzt jeder vierte Einwohner 60 Jahre und älter. Besonders zunehmen wird als Folge der steigenden Lebenserwartung die Zahl der Hochbetagten, das heißt der Menschen von 80 Jahren und mehr. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird allein in den kommenden 15 Jahren von 4,9 Prozent auf 6,5 Prozent wachsen.

Langfristig wird sich die Entwicklung in der Alters- und Bevölkerungsstruktur auf fast alle Lebensbereiche auswirken und es stellt sich die Frage, wie eine moderne Gesellschaft mit den Herausforderungen, aber auch den Potenzialen einer älter werdenden Gesellschaft umgeht. Nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, auch Stadtplanung, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Verkehrswesen sowie Bildungs- und kulturelle Einrichtungen müssen sich auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen.

In Bezug auf soziale Aspekte ergeben sich für den „Heimathafen“ Herausforderungen und Chancen: So steigt auf der einen Seite die Zahl der aktiven Seniorinnen und Senioren, deren Engagement ein unschätzbares Potential für die Gemeinschaft ist und sein kann. Auf der anderen Seite wird die Zahl der Krankheits- und Pflegefälle zunehmen und das Gesundheits- und Pflegesystem, aber auch pflegende Angehörige vor neue Aufgaben stellen.

Auch die Pflegebedürftigen möchten in der Regel weiterhin in ihrem gewohnten Umfeld so selbstbestimmt und selbständig wie möglich leben und von vertrauten Menschen versorgt werden. Pflegende Angehörige haben häufig die gleiche Einstellung. Schon heute werden von den rund 46.500 Pflegebedürftigen in Hamburg fast 65 Prozent daheim von Verwandten und/oder Fachkräften versorgt. Zusätzlich leben in Hamburg rund 60.000 Menschen, die nicht pflegebedürftig sind, aber einen regelmäßigen Hilfebedarf im Haushalt oder im Alltag haben. Die Anzahl der Menschen, die diese Unterstützung benötigen, wird demographisch bedingt bis 2015 um etwa drei Prozent auf rund 62.000 Menschen steigen.

Eine wachsende Herausforderung an die Akteure der Zivilgesellschaft, der Sozialunternehmen und der Stadt besteht angesichts dieser Entwicklung vor allem darin, dem Wunsch älterer Menschen, bei Pflegebedarf in der vertrauten Nachbarschaft leben zu können und am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben, Rechnung zu tragen.

IX. Handlungsfeld 9: Gesundheitsförderung

Gesundheit ist wichtig für jeden Einzelnen, aber auch für die Gemeinschaft. Sie bedeutet Lebensqualität und erleichtert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gesundheit hat darüber hinaus eine wichtige Bedeutung für die Produktivität in der Arbeitswelt oder auch im bürgerschaftlichen Engagement. Der Gesundheitsförderung und -versorgung kommt folglich eine wichtige Aufgabe im „Heimathafen“ zu.

Wie gut diese Aufgabe erfüllt wird, lässt sich an Indikatoren ablesen: So liegt die durchschnittliche Lebenserwartung der Hamburgerinnen und Hamburger derzeit mit 82 Jahren für Frauen und 77 Jahren für Männer auf bundesweitem Niveau. Die Säuglingssterblichkeit geht in Hamburg seit den 1970er Jahren zurück und liegt derzeit bei 0,3 Prozent. Zudem versterben immer weniger Hamburgerinnen und Hamburger vor dem 65. Lebensjahr – ein Indikator für Präventionspotenziale, da die meisten dieser Todesfälle durch bessere Aufklärung und Gesundheitsförderung hätten vermieden werden können. Verstarben 1997 noch 4.005 Menschen vor Erreichen des 65. Lebensjahres, so war es zehn Jahre später ein Viertel weniger. Den größten Anteil bei der vorzeitigen Sterblichkeit machen Krebserkrankungen der Lunge aus, die in den meisten Fällen auf Rauchen zurückzuführen sind. Hier ist Hamburg mit einem konsequenten Einsatz für den Nichtraucherschutz auf einem guten Weg.

Soziale und demographische Veränderungen in der Bevölkerung bringen jedoch immer neue Anforderungen mit sich, auf die sich das Gesundheitssystem einstellen muss: Menschen mit geringerer Bildung leben oft gesundheitsriskanter und haben vielfach eine schlechtere Gesund-

heit. Bei Migrantinnen und Migranten kann die Gesundheit durch psychische und soziale Veränderungen, die durch das Leben in einer fremden Kultur hervorgerufen werden, beeinträchtigt werden. Sie finden sich unter ungünstigen Umständen im deutschen Gesundheitssystem nur unzureichend zurecht und nehmen seltener an Maßnahmen zur Gesundheitsförderung teil als Menschen ohne Migrationshintergrund. Auch zwischen den Geschlechtern zeigen sich Unterschiede. Beispielsweise versterben Männer häufiger als Frauen an Krankheiten, die durch abträgliche Arbeitsbedingungen oder einen weniger gesundheitsbewussten Lebensstil mit verursacht werden. Mit steigendem Lebensalter nehmen nicht allein Krebserkrankungen, sondern auch Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes, Osteoporose, Schlaganfall und Demenz zu. Zudem gibt es immer mehr Menschen, die an psychischen Erkrankungen leiden.

Das Leitprojekt will auf diesen vielfältigen Aspekten aufsetzen und die Gesundheitsförderung und -versorgung der Hamburgerinnen und Hamburger verbessern. Ziel ist es dabei, die Zahl der in Gesundheit verbrachten Lebensjahre zu erhöhen und für eine gute Lebensqualität auch bei Krankheit zu sorgen.

D. Rahmenmaßnahmen und Leuchtturmprojekte

Das Leitprojekt wird durch Rahmenmaßnahmen und Leuchtturmprojekte konkret, die in den Handlungsfeldern Verwirklichung finden, die Herausforderungen der Zukunft aufgreifen und Chancen nutzen. Dabei spiegeln sich die Maßnahmen und Projekte oftmals in mehreren Handlungsfeldern wieder und verzahnen diese miteinander. So sind die drei als Dach deklarierten Handlungsfelder „Nachbarschaft“, „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Bürgerbeteiligung“ zentrales Element aller Maßnahmen und Projekte. Durch Aktivierung und Einbeziehung dieser drei Bereiche gelingt es, den „Heimathafen“ auch in den anderen Handlungsfeldern wahr werden zu lassen.

Die unter I. genannten Maßnahmen sind übergeordnete Rahmenkonzepte, die oftmals behördenübergreifend erarbeitet wurden beziehungsweise werden und die diverse konkrete Maßnahmen beinhalten. Die Vorhaben sind den jeweiligen Drucksachen zu entnehmen oder werden diesen zu entnehmen sein, soweit sich die Konzeption noch in Arbeit befindet. Auf eine detaillierte Schilderung der Rahmenmaßnahmen wird deswegen an dieser Stelle verzichtet.

Die unter II. aufgeführten Leuchtturmprojekte greifen gezielt Anforderungen an den „Heimathafen“ auf und tragen durch Aktivierung von Nachbarschaft (Handlungsfeld I), Bürgerschaftlichem Engagement (Handlungsfeld II') und durch Bürgerbeteiligung (Handlungsfeld III) dazu bei, den „Heimathafen“ Realität werden zu lassen. Neben ihrem eigentlichen Zweck sollen die Leuchtturmprojekte zudem eine Signalwirkung haben, um die Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft aller Akteure an der Umsetzung des Leitprojektes zu erhöhen.

I. Rahmenmaßnahmen

a. Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)

Das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) leistet einen wesentlichen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Damit werden gerade auch in den belasteten Stadtteilen die dort wohnenden und arbeitenden Menschen einbezogen und ihre Lebensbedingungen vor Ort maßgeblich verbessert.

Mit dem Beschluss von RISE hat der Senat Mitte 2009 nicht nur die Teilprogramme der Städtebauförderung unter einem Dach gebündelt. Auch die Verknüpfung der fachpolitischen Strategien mit denen der Stadtteilentwicklung gehört zum Leistungsspektrum von RISE. Denn nur in vernetzter Kooperation der verschiedenen Politikfelder können komplexere Probleme angegangen und Potenziale genutzt werden. Vorrangige Ziele sind Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu fördern, Beschäftigungschancen zu verbessern und die lokale Wirtschaft zu stärken. Dies soll durch eine unterstützende, wohnortnahe Infrastruktur, ein anregendes Wohnumfeld und kompetente Ansprechpartner vor Ort gelingen.

Herzstück des Programms ist die Beteiligung der Menschen, die in den Fördergebieten von RISE leben und arbeiten. Sie wissen am besten, wo Handlungsbedarf besteht und wie Missständen begegnet werden kann. Bürgerinnen und Bürger, Kirchengemeinden, die lokale Wirtschaft, Sportvereine, Wohnungsbauunternehmen und andere Akteure sind deswegen aufgefordert, ihre Ideen zur Förderung ihres Stadtteils einzubringen und mit der Verwaltung gemeinsam Maßnahmen und Projekte zu deren Realisierung zu entwickeln.

Zurzeit umfasst das Programm RISE mehr als 600 Einzelprojekte, deren Handlungsschwerpunkte sich unter anderem auf Aspekte der Familienförderung, auf das Wohnumfeld, die Kultur- und Gesundheitsförderung, Sicherheit, Bildung und Beschäftigung im Stadtteil konzentrieren. Die Federführung für das Programm RISE liegt bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

b. Handlungskonzept „Seniorenfreundliches Hamburg“

Im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses unter Einbeziehung der verschiedenen Fachpolitiken, Bezirksämtern und der Fachöffentlichkeit erarbeitet die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz federführend zurzeit ein Konzept mit dem Titel „Seniorenfreundliches Hamburg“. Das Konzept orientiert sich an den demographischen Veränderungen und hat die Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung für ältere Menschen ebenso im Blick wie die notwendige Infrastruktur für Unterstützung und Pflege bei Hilfebedürftigkeit.

Das Konzept verankert die Interessen und Belange älterer Menschen als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts, wirkt auf neue, positive Sichtweisen auf das Alter und Älterwerden hin und benennt in mehr als 20 Handlungsfeldern Ziele sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung der seniorenfreundlichen Stadt. Hierzu gehört unter anderem die Integration älterer Menschen mit Migrationshintergrund, die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, die Beteiligung und Teilhabe von Seniorinnen und Senioren, die Steigerung der Lebensqualität durch geeignete Stadtmöbel oder auch barrierefrei zugängliche öffentliche Toiletten sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

Auf einem Kongress im Februar 2011 sollen die Eckpunkte des Konzeptentwurfes mit der Fachöffentlichkeit diskutiert werden. Die Ergebnisse werden in das endgültige Konzept zum „Seniorenfreundlichen Hamburg“ einfließen, welches im 2. Quartal 2011 vom Senat beschlossen werden soll.

c. Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern

Zielsetzung des Leitprojektes ist, das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu stärken und die Chancen, die sich aus der Zuwanderung ergeben, zu nutzen. Hierbei setzt das Leitprojekt auf dem Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern auf, das im Jahr 2006 vom Senat beschlossen wurde. Für das Jahr 2011 ist eine Fortschreibung des fachübergreifenden Handlungskonzeptes in Form eines Umsetzungsberichtes geplant. Dieser wird neue Handlungsfelder wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung beinhalten und unter anderem das Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Beiträge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) zur Aktivierung und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund darstellen.

Um die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtteilentwicklungsgebieten weiter zu verbessern, hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gemeinsam mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Studie in Auftrag gegeben, die Strategien, Prozesse und Ansätze der

Aktivierung und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilentwicklungsgebieten untersucht. Mit der Studie sollen fördernde Faktoren und Barrieren von Beteiligungsverfahren identifiziert und daraus Schlussfolgerungen für die Praxis mit dem Ziel gezogen werden, die zielgruppenorientierte Beteiligung vor Ort weiter zu verbessern. Die Ergebnisse der Studie sollen 2011 vorgelegt werden.

d. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Im Jahr 2009 ist in Deutschland das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen, kurz Behindertenrechtskonvention (BRK), in Kraft getreten. Die Konvention ist ein Meilenstein zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft, auch wenn es bis zur Realisierung noch ein weiter Weg ist. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Er soll im Frühjahr 2011 im Bundeskabinett verabschiedet werden und ist für den Zeitraum bis 2020 angelegt.

Auch in Hamburg gibt es zur Konvention vielfältige Aktivitäten: Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz hat eine Informationsbroschüre zur UN-Konvention herausgegeben. Die Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen führt die Diskussionsreihe „Standpunkte“ zu Themen der Konvention durch. Der Landesbeirat für die Teilhabe behinderter Menschen hat eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit Umsetzungsstrategien zur Konvention befasst. Sie hat ein erstes Papier zum Thema Bildung erarbeitet. Das Hamburgische Schulgesetz (HmbSG) wurde den Vorgaben der Konvention entsprechend angepasst; in § 12 HmbSG wurde ein Rechtsanspruch für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Besuch einer allgemeinen Schule verankert, die dort gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichtet und besonders gefördert werden. Die Politik hat sich ebenfalls mit dem Thema befasst; der Schulausschuss und der Sozialausschuss der Bürgerschaft haben Sachverständigenanhörungen dazu durchgeführt. Die zur Umsetzung der Konvention in Hamburg gebildete Arbeitsgruppe der Fachbehörden, in der auch die Bezirke, das Personalamt und die Senatskanzlei vertreten sind, bereitet derzeit Vorschläge für einen eigenen Hamburger Aktionsplan vor. Dabei werden zunächst einige Schwerpunktthemen wie Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Unabhängige Lebensführung, Barrierefreiheit, Gesundheit und Bewusstseinsbildung als Querschnittsthema behandelt. Schließlich soll der Aktionsplan in einem transparenten und partizipativen Verfahren unter Beteiligung der Interessenvertretungen der behinderten Menschen erstellt und umgesetzt werden.

In diesem Themenkomplex spielt auch die Weiterentwicklung der Hamburger Eingliederungshilfe eine zentrale Rolle. Viele Menschen mit einer geistigen Behinderung wollen ihr Leben, wie andere Menschen auch, möglichst selbstständig gestalten. Sie wünschen sich statt der Rundum-Versorgung in einer stationären Einrichtung ein Leben mit Unterstützung in einer eigenen Wohnung. Das Ambulantisierungsprogramm der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz im Rahmen der Eingliederungshilfe kommt diesem Wunsch nach und ermöglicht es immer mehr behinderten Menschen, in eigenem Wohnraum statt in spezialisierten Einrichtungen zu leben. Seit 2005 konnten mehr als 500 Menschen vom Bezug stationärer Leistungen in das ambulante Wohnen im eigenen Wohnraum wechseln. Um dies fortzuführen und noch mehr Menschen mit geistiger Behinderung ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte der Gemeinschaft zu ermöglichen, haben die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG), die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) und der Bundesverband privater Anbieter sozialer Leistungen (bpa) im Sommer 2010 ein Konsenspapier unterschrieben, das in den kommenden Jahren noch mehr Menschen mit geistigen und mehrfachen Behinderungen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen soll. Auch sollen mit der neuen Vereinbarung weitere Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht werden. So regelt das Konsenspapier unter anderem die Mitspracherechte von Menschen mit Behinderungen bei der Weiterentwicklung des Ambulantisierungsprogramms und die Wahlfreiheit der Betroffenen in der Frage, ob und wie sie ambulant betreut werden möchten.

Für mehr Selbstbestimmung sollen ferner die Geldpauschalleistungen zum Beispiel zur Beförderung oder zur Familienentlastung in weiteren Bedarfsbereichen eingeführt werden, und es soll eine individuelle und bedarfsgerechte Leistungsgewährung erprobt werden, die in den Sozialräumen verankert wird. Hierdurch soll die Integration und Teilhabe im Stadtteil gefördert und Leistungen sollen bedarfsgerechter gestaltet werden.

e. Weiterentwicklung der Jugendfreiwilligendienste

Derzeit leisten mehr als 1.700 junge Männer ihren Zivildienst in verschiedensten Einrichtungen in Hamburg. Überwiegend versorgen sie dabei Menschen mit Pflegebedarf; sie arbeiten in Kindertagesstätten, im Krankenhaus, beim Rettungsdienst oder in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Aussetzung des Wehrdienstes zu Mitte 2011 bringt auch einen Wegfall der Ersatzdienstpflicht mit sich.

Ein ersatzloser Wegfall der Zivildienstpflicht hätte Auswirkungen nicht nur auf die soziale Infrastruktur. Ohne Zivildienstleistende würde vorhandenes Pflegepersonal zusätzlich belastet, die Versorgung von Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung im eigenen Wohnraum müsste

mehr auf stationäre Versorgung umgestellt werden und die Menschlichkeit in der Betreuung würde insgesamt leiden. Zudem bietet der Zivildienst jungen Männern einen Zugang zu sozialen Berufen. Die Bundesregierung plant angesichts dieser absehbaren Folgewirkungen zu Mitte 2011 die Einführung eines sogenannten Bundesfreiwilligendienstes mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit zu ermöglichen. So soll der neue Dienst Männern und Frauen ohne Altersbeschränkung nach oben offenstehen, um sich in der Regel 12 Monate lang in sozialen Einsatzfeldern oder zum Beispiel auch im Sport, für die Integration oder Kultur zu engagieren.

Parallel zur Etablierung des neuen Bundesfreiwilligendienstes soll die Bundesförderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) aufgestockt werden. Der neue Bundesfreiwilligendienst soll insoweit die bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ ergänzen. Zudem sollen die Zugangsmöglichkeiten in die Jugendfreiwilligendienste für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf durch eine erhöhte Förderpauschale für pädagogische Begleitung verbessert werden.

Diese Entwicklungen bei den Freiwilligendiensten könnten auch im „Heimathafen“ Hamburg neue Chancen für das bürgerschaftliche Engagement von Menschen jeden Alters eröffnen.

In Hamburg haben im Jahrgang 2008/2009 1.056 junge Frauen und Männer in Hamburg ein FSJ und 55 ein FÖJ geleistet. Die Jugendfreiwilligendienste vermitteln mit ihrem Profil als Bildungs- und Orientierungsjahr fachliche, soziale und kulturelle Fertigkeiten sowie praktische Erfahrungen und leisten schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur sozialen Infrastruktur.

f. Programm „Sozialräumliche Angebots-Entwicklung“ zur Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen

Je näher sich Unterstützungsangebote an den Lebenssituationen von Familien orientieren und je mehr sie im Wohnumfeld der Hilfeempfänger verankert sind, desto zielgerichteter und effektiver sind sie. In diesem Sinne baut Hamburg zurzeit im Rahmen des Programms „Sozialräumliche Angebots-Entwicklung“ die wohnortnahen Hilfs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien aus mit dem Ziel, frühzeitig zu helfen und damit einer Verfestigung von Problemlagen entgegenzuwirken. Zu den Schwerpunkten der Sozialräumlichen Angebote gehören Frühe Hilfen, vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung von Familien bei der Erziehung ihrer Kinder, schulbezogene Unterstützung sowie die Förderung Jugendlicher beim Übergang in eine selbstständige Lebensführung. Die Projekte werden von öffentlichen und freien Träger getragen, die damit gemeinsam Verantwortung für die Region übernehmen, in der sie tätig sind.

Bei den sozialräumlichen Angeboten handelt es sich nicht um einen einheitlichen Einrichtungstypus. Sie ergänzen das in einer Region bereits vorhandene Hilfesystem und entwickeln es weiter. Die Angebote richten sich dabei sowohl an Jugendliche und Familien, die vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Jugendämter vermittelt werden; sie sind aber auch offen für Menschen aus dem Stadtteil, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden und ohne vorherigen Kontakt zum Jugendamt Rat und Hilfe suchen. Damit stehen den Kindern, Jugendlichen und Familien mehr und neue Hilfemöglichkeiten im Stadtteil zur Verfügung, die sie unbürokratisch in Anspruch nehmen können. Projekte für junge Eltern mit Kleinstkindern arbeiten mit Kinderärzten und Familienhebammen zusammen. Gemeinsam unterstützen sie junge Eltern beim Erlernen der Elternrolle, beim Aufbau der Eltern-Kind-Beziehung sowie bei der gesundheitlichen Versorgung ihrer Kinder. In Projekten für Kinder und Jugendliche mit Schulproblemen, die mit individuellen und familiären Schwierigkeiten einhergehen, wird Schularbeitenhilfe angeboten, oft in Verbindung mit einem Mittagsimbiss, Freizeit- und Sport. Ein wesentlicher Bestandteil aller schulbezogenen Angebote ist eine mit den Schulen abgestimmte Elternarbeit, die darauf zielt, Eltern zu befähigen, den schulischen Erfolg ihrer Kinder zu fördern.

Durch den Ausbau der wohnortnahen Hilfen und die frühzeitige Unterstützung bei Problemen soll auch teureren Erziehungshilfen unter Steuerung der Jugendämter entgegengewirkt werden.

g. „Allianz für Familien“

Berufstätige Eltern werden immer mehr zur gesellschaftlichen Norm, die unter Abwägung ihrer beruflichen Situation darüber entscheiden, ob und wann sie Kinder haben möchten. Für eine zukunftsgerichtete Familienpolitik und ein junges Hamburg ist es deswegen zentrales Anliegen, dass Familie und Beruf in Einklang gebracht werden können.

Die Hamburger „Allianz für Familien“ ist ein Zusammenschluss von Senat, Handelskammer und Handwerkskammer mit dem Ziel, Hamburg familienfreundlicher zu gestalten. Ein Schwerpunkt ist dabei die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch die Unterstützung von Unternehmen bei der Gestaltung familienfreundlicher Arbeitsplätze.

Hierzu hat die „Allianz für Familien“ unter anderem das „Hamburger Familiensiegel“ eingeführt, das bisher an mehr als 100 Unternehmen verliehen wurde. In Zusammenarbeit mit dem Dienstleister pme Familienservice betreibt die „Allianz für Familien“ eine Hotline, bei der sich Unternehmen kostenlos bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen beraten lassen können und lokale Bündnisse für Familien werden beratend sowie finanziell durch die Geschäftsstelle der „Allianz“ unterstützt.

Für das 2. Quartal 2011 plant die „Allianz für Familien“ in Zusammenarbeit mit der Bundesinitiative „Erfolgsfaktor Familie“ eine Veranstaltung zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“.

In Vorbereitung ist zudem ein Internetportal Beruf und Familie, bei dem sowohl Eltern als auch Unternehmen und Personalverantwortliche alle Hamburger Angebote zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie finden.

h. Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ und Kommission des Senats gegen Gewalt im öffentlichen Raum

Je früher Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen erkannt werden und wirksam eingegriffen wird, wozu auch die Strafverfolgung gehört, desto eher können kriminelle Lebenswege verhindert werden. Vielfältige Maßnahmen haben in der Vergangenheit zwar dazu beigetragen, dass die Anzahl der unter 21jährigen Tatverdächtigen bei Raubtaten, Diebstahl und Erpressungen zurückgegangen ist. Die Zahl der unter 21jährigen Tatverdächtigen bei gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten ist hingegen angestiegen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2007 unter Federführung der Behörde für Inneres und Sport das behördenübergreifende Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ entwickelt. Es hat das Ziel, Jugendgewalt präventiv und repressiv mit abgestimmten Maßnahmen im Rahmen eines Neun-Säulen-Konzeptes zu begegnen. Im September 2008 wurde das Handlungskonzept um eine zehnte Säule „Opferschutz“ erweitert. Das Konzept reicht von der Gewaltprävention im Kindesalter („early-starter“), der Durchsetzung der Schulpflicht über die Anzeigepflicht von Gewalttaten an Schulen, die Verstärkung der Cop4U bis hin zu der Aufstockung des Opferfonds beim Ausgleich mit Geschädigten, dem Projekt täterorientierte Kriminalitätsbekämpfung und zur Durchführung von Fallkonferenzen aller beteiligter Dienststellen.

Die Maßnahmen des Handlungskonzeptes wurden durch die Universität Hamburg (Fachbereich Erziehungswissenschaften) und das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (Institut für Sexualforschung und forensische Psychiatrie sowie Institut und Poliklinik für medizinische Psychologie) evaluiert. Das Tötungsdelikt am Jungfernstieg im Sommer 2010 war darüber hinaus Anlass, das Handlungskonzept zu überprüfen und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Einzelne Gewaltvorfälle, die sich in der Mitte dieses Jahres ereigneten, haben in ihrer zeitlichen Häufung und Intensität dazu geführt, dass der Senat eine Kommission unter Federführung der Behörde für Inneres und Sport unter Beteiligung der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Justizbehörde und der Behörde für Schule und Berufsbildung eingesetzt hat.

Die „Kommission des Senats gegen Gewalt im öffentlichen Raum“, die im Juli 2010 ihre Arbeit aufgenommen hat, setzt sich mit der Frage auseinander, wie man diesem Phänomen wirksam begegnen kann.

Nach einem intensiven Austausch zwischen Experten aus den Bereichen Jugend- und Sozialarbeit, Schule und Berufsbildung, Justiz und Polizei sowie der jeweiligen Behörden und der Erstellung eines Lagebildes wurden und werden im Kontext bestehender Maßnahmen und Konzepte konkrete Handlungsempfehlungen auch für über 18jährige entwickelt, die die primäre Adressatengruppe des Handlungskonzepts „Handeln gegen Jugendgewalt“ ergänzen. Über die erzielten Ergebnisse wird die Kommission öffentlich berichten.

i. Landesaktionsplan Opferschutz

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder sowie die Gewaltprävention hat in Hamburg seit Jahren einen hohen Stellenwert. Ausdruck ist hierfür der erste Landesaktionsplan Opferschutz, den der Senat 2007 beschlossen hat. Derzeit wird der Landesaktionsplan federführend von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz fortgeschrieben. Mit der Fortschreibung wird ein umfassendes Handlungskonzept vorgelegt, das neue Fragestellungen und Herausforderungen aufgreift, die sich aus aktuellen wissenschaftlichen Studien und Erfahrungen der Praxis ergeben, und das hierzu Maßnahmen bündelt. Dabei werden insbesondere Erkenntnisse zu den Ursachen häuslicher Gewalt berücksichtigt.

Ziel des Senats ist es, ganzheitliche Handlungsansätze zu entwickeln beziehungsweise auszubauen, die an den Problem- und Lebenslagen der betroffenen Frauen, Männer und Kinder anknüpfen. Der Landesaktionsplan Opferschutz II setzt dabei neue Akzente in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder in unterschiedlichen Lebenskontexten. Ältere Frauen, Menschen mit Behinderung sowie Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung geworden sind, werden ausdrücklich berücksichtigt. Auch der Gewaltbetroffenheit von Männern, Kindern und Jugendlichen wird stärker Rechnung getragen. Erstmals wird im Aktionsplan auch das Thema Gewalt im öffentlichen Raum bearbeitet und neuere Phänomene wie Gewalterfahrungen im Internet werden aufgegriffen.

II. Leuchtturmprojekte

a. „Nachbarschaft verbindet“

Um den Kontakt von Nachbarinnen und Nachbarn untereinander zu fördern, hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Hamburger Integra-

tionsbeirat und mit Unterstützung der Freiwilligenbörse das Konzept der Aktionswoche „Nachbarschaft verbindet“ entwickelt, das auf der Idee der bundesweiten Interkulturellen Woche aufsetzt. Zielsetzung von „Nachbarschaft verbindet“ ist, das nachbarschaftliche Miteinander der Hamburgerinnen und Hamburger zu fördern und zu unterstützen: Menschen, die Tür an Tür leben oder gemeinsam im Verein aktiv sind, sollen zusammen kreativ werden, verbindende Projekte initiieren und dadurch wichtige soziale Netzwerke knüpfen und ausbauen. Nachbarn sollen aufeinander zugehen, um auf diese Weise Integration und Teilhabe zu ermöglichen, soziale, interkulturelle und generationenübergreifende Kontakte zu fördern und Ausgrenzung zu beenden.

Die Aktionswoche „Nachbarschaft verbindet“ fand zum ersten Mal vom 22. September bis zum 3. Oktober 2010 statt und stieß auf ein großes Echo in der Hamburger Bevölkerung: Zahlreiche Privatleute, Vereine und Initiativen sind dem Ruf gefolgt und haben die Begegnung und das Miteinander durch Veranstaltungen sichtbar gemacht und gefördert. Mehr als 200 nachbarschaftliche Aktionen vom Straßenfest über eine „Nachbarschaftskantine“ bis hin zum Nachbarschaftsflohmarkt wurden gemeldet und im Internet veröffentlicht. Ungezählt blieben die weiteren Aktivitäten, die nicht gemeldet wurden und über die zum Beispiel das Hamburger Abendblatt oder der Radiosender NDR 90,3 als Medienpartner berichtet haben.

Unter dem Motto „Nachbarschaft verbindet“ sollen weitere über das ganze Jahr verteilte Aktivitäten angestoßen werden und mit einer Bündelung im Rahmen des Internationalen Nachbarschaftstages Ende Mai und der interkulturellen Woche verstetigt werden, um Nachbarschaften in der anonymen Großstadt zu stärken und zu aktivieren.

b. Nachbarschaftskontore

In jedem Stadtteil gibt es zahlreiche Vereine, Initiativen und Verbände, die auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen sind. Auf der anderen Seite gibt es viele Bürger, die sich gern bürgerschaftlich engagieren würden, denen aber ein Überblick über entsprechende Angebote und Bedürfnisse in ihrer Nachbarschaft fehlt. Bereits heute sind zahlreiche Einrichtungen in den Stadtteilen aktiv, die beide Seiten zusammenbringen und als Orte der Begegnung und des Engagements dienen. Hierzu zählen beispielhaft Nachbarschaftstreffs, Eltern-Kind-Zentren, Selbsthilfeorganisationen, Stadtteil- und Kulturzentren, Pflegestützpunkte, Seniorentreffs sowie Mehrgenerationenhäuser. Die Freiwilligenagenturen tragen zur Vernetzung von Angebot und Nachfrage bei. Hamburgweit bietet zudem das Aktivoli-Netzwerk mit der jährlich stattfindenden Freiwilligenbörse und der Internet-Plattform eaktivoli.de Möglichkeiten der Vermittlung und Kontaktaufnahme.

Um Angebot und Nachfrage von bürgerschaftlichem Engagement niedrigschwellig zu fördern und unmittelbar in der Nachbarschaft zusammenzuführen, sollen die bestehenden Informations- und Vernetzungsangebote durch sogenannte Nachbarschaftskontore ergänzt werden.

Langfristig und schrittweise sollen in allen Stadtteilen derartige Nachbarschaftskontore eingerichtet werden, die das Bürgerengagement in der Nachbarschaft aktivieren, unterstützen und einen lokalen „Marktplatz“ für Angebot und Nachfrage sein sollen. Gegenüber den bestehenden Freiwilligenagenturen sollen sie einen aufsuchenden Ansatz verfolgen und die Menschen dort abholen, wo sie sich aufhalten: Das können Stadtteil- und Kulturzentren sein, Bibliotheken, Schulen, Einkaufszentren und ähnliches. Zudem sollen in jedem Stadtteil „Runde Tische“ initiiert werden, die Zivilgesellschaft, lokale Wirtschaft und Verwaltung vernetzen mit der Zielsetzung, neue Formen und Wege des Engagements im unmittelbaren Umfeld zu gestalten.

Im Rahmen eines Workshops unter Federführung der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und unter Beteiligung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und NPOs am 20. Oktober 2010 wurde das Profil der Nachbarschaftskontore konkretisiert. Die Ergebnisse fließen in das endgültige Konzept der Nachbarschaftskontore ein, welches derzeit von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz erarbeitet wird.

c. Bürger-Profi

Engagierte Bürgerinnen und Bürger verfügen über wichtige und andere Qualitäten in ihrem Wirken als ausgebildete Fachkräfte, sei es im Umgang mit Menschen mit sozialen oder gesundheitlichen Problemlagen, mit Behinderung oder Pflegebedarf, mit Zuwanderinnen und Zuwanderern, Familien oder Heranwachsenden. Werden Menschen mit Hilfebedarf nicht nur von ausgebildeten Fachkräften versorgt, sondern parallel von Menschen aus ihrer Nachbarschaft begleitet und unterstützt, wird fachliche Qualifikation und professionelle Distanz durch zwischenmenschliche Begegnung bereichert und es steigen die Möglichkeiten der Hilfeempfänger auf Teilhabe und Integration in ihrem unmittelbaren Umfeld. Um die besonderen Qualitäten des Bürgerengagements über die bisherigen Betätigungsfelder hinaus für mehr Integration und Teilhabe aller Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu nutzen, sollen deswegen neue Wege im Zusammenwirken von Fachkräften sowie Bürgerinnen und Bürgern beschritten werden.

Aufsetzend auf diesem Gedanken soll federführend von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und unter Beteiligung wesentlicher Akteure der Zivilgesellschaft und der NPOs ein Konzept erarbeitet werden, das auf einem neuen Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachkräften basiert und die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten

von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf und ihre Integration in die Mitte der Gemeinschaft und den Stadtteil in den Fokus nimmt. Zentrales Element soll dabei sein, dass soziale Projekte in allen Lebensbereichen nicht nur durch Fachkräfte betrieben werden, sondern die fachliche Arbeit mit Hilfe von sogenannten Bürger-Profis (Arbeitstitel), die in den Projekten mitarbeiten, ergänzt wird und damit unterstützungsbedürftige Menschen wieder verstärkt in die Mitte der Gemeinschaft geholt werden. Die Bürger-Profis sollen aus der Nachbarschaft stammen und durch ihre Unterstützung eine symbolische Brücke sein, um die Hilfebedürftigen am Leben im Stadtteil teilhaben zu lassen.

Durch dieses Zusammenwirken von Bürger-Profis und ausgebildeten Fachkräften soll weder eine Verdrängung von Fachkräften noch dem reinen Ehrenamt stattfinden. Vielmehr sollen ergänzende Angebote geschaffen werden, die die Qualitäten von Fachkräften und Bürger-Profis im Sinne der Hilfeempfänger zusammenführen und nutzen. Die Auswirkungen dieser neuen Form des nachbarschaftlichen Engagements sollen in einem Modellprojekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

d. Pakt für Prävention

In Hamburg werden von Krankenkassen, Betrieben, Behörden, Schulen, Kindertagesstätten, Kammern, Erwachsenenbildungseinrichtungen, Unfallversicherungsträgern, Freien Trägern sowie anderen Organisationen und Einrichtungen vielfältige gesundheitsfördernde, präventive Maßnahmen und Projekte geplant und durchgeführt. So positiv diese Fülle an Angeboten und Leistungen auch ist, so unübersichtlich ist sie. So sind beispielsweise Projekte wenig oder gar nicht aufeinander abgestimmt, arbeiten nebeneinander, sind nur von geringer Dauer und erreichen nicht immer die richtigen Zielgruppen. Damit werden Erfolge für mehr Gesundheit nicht immer hinreichend genutzt.

Um die Aktivitäten der einzelnen Organisationen und Einrichtungen besser zu koordinieren und zu bündeln, haben rund 130 Akteure der Gesundheitsförderung und -prävention auf Initiative der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz im Sommer 2010 einen „Pakt für Prävention“ geschlossen. Ziel des Paktes ist, die Gesundheit und die damit verbundene Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Hamburg nachhaltig zu fördern und weiter zu verbessern.

Die thematischen Schwerpunkte der Aktivitäten des „Paktes für Prävention“ liegen in den Bereichen „Gesund aufwachsen in Hamburg“, „Gesund alt werden in Hamburg“ und „Gesund leben und arbeiten in Hamburg“. In ihnen werden die Partner gemeinsam Strukturen für eine zielge-

richtete Gesundheitsförderung und -prävention entwickeln und stufenweise bis zum Jahr 2012 umsetzen.

e. Einbürgerungskampagne

Eine besondere Stufe der Integration stellt die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit dar. Erst durch ihren Erwerb erlangen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit die vollständige rechtliche Gleichstellung und die damit verbundenen demokratischen Teilhaberechte. Auch in symbolischer Hinsicht gilt die Einbürgerung als Zeichen, endgültig in Deutschland beziehungsweise Hamburg angekommen zu sein und somit den persönlichen Heimathafen gefunden zu haben.

Im Jahr 2009 sind 3.706 Menschen in Hamburg eingebürgert worden, das sind rund ein Drittel mehr als noch 2008. Um die Einbürgerungszahlen weiter zu steigern und auf diese Weise die Identifikation der Menschen mit Hamburg als Heimatstadt zu erhöhen, hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der Behörde für Inneres und Sport und dem Integrationsbeirat Anfang November 2010 eine Einbürgerungskampagne gestartet.

Die Öffentlichkeitskampagne setzt das Leitprojekt des Heimathafens auf spielerisch-nachhaltige Weise in die Praxis um: So bekennen sich im Fokus der Öffentlichkeit stehende Menschen mit Migrationshintergrund – mit einem schwarz-rot-goldenen Anker in den Händen – zu der Aussage „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause“.

Neben dieser auf klassische Öffentlichkeitsarbeit ausgerichteten Facette stellt das Projekt „Einbürgerungslotsen“ einen wichtigen Baustein der Einbürgerungskampagne dar: Initiiert von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und umgesetzt von der Türkischen Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V. dient das Projekt dazu, Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf ihrem individuellen Weg zu einer erfolgreichen Einbürgerung zu begleiten. Das Team der Einbürgerungslotsen besteht aus erfahrenen Menschen der verschiedenen Communities, die mit der jeweiligen Sprache und Kultur sowie dem Thema Einbürgerung vertraut sind. Da sich herausgestellt hat, dass oftmals einbürgerungswillige beziehungsweise -fähige Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu wenig über das Thema Einbürgerung wissen, Fehlvorstellungen unterliegen oder auch das mit einer Einbürgerung verbundene behördliche Verfahren als abschreckend empfinden, sollen die Einbürgerungslotsen helfen, etwaige Schwellenängste zu überwinden und erste grundlegende Informationen zu vermitteln. Durch ihr bürgerschaftliches Engagement stellen die Einbürgerungslotsen eine wertvolle Ergänzung der Beratungstätigkeit der Einbürgerungsabteilung im Einwohner-Zentralamt dar, die

jährlich rund 7.500 intensive und auf die jeweilige individuelle Situation ausgerichtete Vorgespräche mit Einbürgerungsinteressenten führt. Das Projekt „Einbürgerungslotsen“ ist im April 2010 gestartet, mittlerweile sind bereits mehr als 30 Einbürgerungslotsen aktiv.

f. Community Center und Bildungszentren

Der weitere Aufbau von Community Centern und Bildungszentren ist zur Stärkung der Integrationskraft der Stadtteile von herausragender Bedeutung. Durch die Errichtung der Zentren werden nicht nur soziale, kulturelle und bildungsbezogene Angebote gebündelt, es entstehen nachbarschaftliche Treffpunkte und Orte der Kommunikation, an denen sich die Menschen begegnen und austauschen können. Damit wird die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Stadtteil gefördert und ihnen zusätzlicher Raum zum Aufbau und zur Pflege ihrer sozialen Netzwerke geboten.

Bei den Bildungszentren steht das schulische Angebot im Mittelpunkt des Nutzungskonzepts. Gerade in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sind die räumliche und zeitliche Öffnung der Bildungseinrichtungen und ihre Integration in die Lebenswelt der Menschen für einen besseren Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung.

Diese für den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile wichtigen Zentren sollen gefördert und bei der Entstehung unterstützt werden. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt bereitet daher zusammen mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Finanzierung, Projektentwicklung und zum Betrieb der Einrichtungen Handlungshinweise vor, die 2011 in geeigneter Form insbesondere auch den Projekt- und Gebietsentwicklern zur Verfügung stehen werden.

E. Weiterer Leitprojektprozess und Kommunikation

Um das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ zum Erfolg zu führen, die Akteure in der Entwicklung mitzunehmen und für eine Umsetzung des Leitprojektes zu aktivieren, ist es erforderlich, die Rahmenmaßnahmen, Leuchtturmprojekte sowie den weiteren Leitprojektprozess durch Kommunikationsmaßnahmen intensiv zu begleiten. Dies beinhaltet zum einen die fachliche Diskussion insbesondere mit Vertreterinnen und Vertretern der wesentlichen Akteure, aber auch die Transparenz und die Möglichkeit zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Der bisherige Beteiligungsprozess soll in diesem Sinne in einem transparenten Verfahren fortgeführt werden, im Rahmen dessen die Fachöffentlichkeit, aber auch Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit

erhalten werden, am Leitprojekt weiter aktiv mitzuwirken. Über Maßnahmen zur Fortsetzung des Beteiligungsprozesses wird die federführende Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz rechtzeitig informieren.

Die Kommunikation zu den einzelnen Rahmenmaßnahmen und Leuchtturmprojekten erfolgt im Rahmen der regulären Öffentlichkeitsarbeit der federführenden Behörden.